

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Nr. 244.

Magdeburg, Freitag, den 19. Oktober 1900.

11. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Ein neuer Reichskanzler.

Zwei Nachrichten, die, unter einander von verschiedenem Wert, für das politische Leben Deutschlands registriert werden müssen, hat uns der Morgen besichert. Erstlich: Der Reichstag wird zum 14. November einberufen. Zweitens: Onkel Chlodwig hat die Flucht vor diesem entsetzlichen Tage ergriffen, sein Entlassungsgesuch ist in Homburg v. d. S. Mittwoch nachmittag vom deutschen Kaiser angenommen und der Staatssekretär des Auswärtigen Graf Bülow zum Reichskanzler und preussischen Ministerpräsidenten unter Beibehaltung seines bisherigen Amtes ernannt worden.

Die offiziellen Angriffe auf den greisen Hohenlohe, von denen wir gestern ausführlicher sprachen, sind also von Leuten ausgegangen, die ein wenig erlanscht hatten. Gegen den Gehenden sind diese Sorte Blätter immer sehr offen und boshaft; um so widerlicher kriechen und wedeln sie vor dem Kommenden.

Die Kölnische Zeitung, die bei diesem Kanzlerwechsel am besten orientiert war, und schon im gestrigen Abendblatt in einem spaltenlangen Telegramm von dem vollzogenen Rücktritt Hohenlohes Mitteilung machen konnte, schrieb z. B. zur Einleitung dieser Aktion:

Die Einberufung des Reichstages steht vor der Thür; der greise Kanzler hat sich wohl mehr als einmal die Frage vorgelegt, ob er vor den Reichstag als Träger der Reichspolitik hinführen könnte. Darüber ist wohl kein Zweifel, daß die Mitwirkung des Fürsten an den großen politischen Maßnahmen anlässlich der Chinapolitik nicht sehr bedeutend gewesen ist. Von dem mehr als 81-jährigen Fürsten war auch das nicht zu verlangen. Wiederholt sind Nachrichten verbreitet worden, daß der Fürst auf Witten seiner Familie von seinem dornenwollen Amte zurücktreten wolle. Wenn aber der Reichskanzler vor der Einleitung der großen Chinapolitik zurückgetreten wäre, so wäre dies zweifellos dahin ausgelegt worden, daß der Kanzler mit dieser Politik nicht einverstanden sei. Das wäre durchaus falsch gewesen, an den Handlungen der deutschen Chinapolitik, auch wenn sie sich zum Teil der Mitwirkung des Kanzlers entzogen, hatte er nicht das geringste anzusehen. Der Reichskanzler hätte genau so verfahren, wie es Graf v. Bülow getan; es gab für Deutschland keinen richtigeren Weg als den, den der Staatssekretär mit Erfolg beschritten hat. Jetzt, vor dem Zusammentritt des Reichstages, muß sich aber der Reichskanzler sagen, daß er kaum mehr als Träger der Reichspolitik gelten kann, und wenn er nach sechsjähriger Amtsführung um daran denkt, den Kaiser um seine Entlassung zu bitten, so kann das nicht überaus und darf nicht mehr dahin ausgelegt werden, daß er die Wege des Grafen Bülow nicht betreten hätte. Der Fürst billigt die Chinapolitik durchaus, aber er ist Staatsmann und weiß, daß er zurücktreten muß, wenn das Alter und die dadurch bedingte Abnahme seiner Kräfte ihm Halt zurufen.

In einem zweiten Telegramm wird dieser offizielle Faden weitergesponnen. Es ergibt sich aus den wenig schmeichelhaften Nachworten, daß Hohenlohe schon im Sommer nach Beendigung der Reichstagssession hat zurücktreten wollen. Da rollte bei „heiterem Himmel“ die chinesische Woge heran und er blieb formell, um nach außen nicht den Eindruck zu erwecken, wie wenn er ein Gegner der abenteuerlichen Weltpolitik sei. Jetzt, im Herbst, wo nun einmal der Reichstag einberufen, wo vor dem Forum der Volksvertretung Rede und Antwort gestanden werden muß, jetzt entdeckt er sein Alter und die Abnahme seiner Kräfte, jetzt schüttelt er auch die formelle Verantwortlichkeit ab und überläßt sie dem, der an seiner Statt schon während des ganzen Sommers den Reichskanzlerposten bekleidet hat, dem Grafen Bülow.

Hohenlohe ergreift die Flucht vor China und die chinesische Springflut spült den Schöredner Bülow ins oberste Reichsamt.

Die Berliner Abendblätter hatten noch eine Reihe bekannter Namen, sämtlich Fürsten, zur Auswahl vorgeschlagen. Unter den Umständen, unter denen der Reichstag diesmal eröffnet wird, war es klar, daß keiner dieser Kandidaten, kein Fürst Habsfeldt, kein Fürst Hohenlohe-Langenburg, kein sonstiger Fürst in Frage kommen konnte. Jeder von ihnen hätte bequemer die Verantwortung für China ablehnen können, nachdem der Verantwortliche gegangen, und das hätte sogar unseren konstitutionellen Gepflogenheiten widersprochen. Es blieb nichts weiter übrig, als denjenigen folgen zu lassen, der mit mehr Zug und Recht der Volksvertretung als der „Verantwortliche“ gegenüberzutreten kann.

Das, was man eine politische Bedeutung zu nennen pflegt, wohnt dem Wechsel in den Parteien eben darum nicht inne. Es bleibt wie es war und der Reichstag hat nur den einen Trost, daß er für die Abrechnung denjenigen Mann als den Verantwortlichen vor sich stehen

sieht, der bei dem weltmachtspolitischen Zug nach Ostasien wenigstens die Hand mit im waghalsigen Spiele gehabt hat.

Für das politische Renommé Hohenlohes wäre es ja besser gewesen, er hätte seinen Rücktritt vor oder doch bei dem Ausbruch der chinesischen Wirren vollzogen. Aber wann hat Onkel Chlodwig denn jemals das durchgesehen, was er angeblich oder wirklich wollte. Er ist stets auf halbem oder viertel Wege verhielt sich geblieben und hat seine politische Laufbahn bejähren, indem er aus Halbheit wohl einige Monate lang nach außen hin die Verantwortung für das kommende Weltreich trug, aus Angstlichkeit sich aber unter der schweren Bürde still von dannenschlich, als es galt, die Verantwortung zu vertreten.

Mit dem Herrn Bernhard von Bülow tritt nun derjenige Mann an die Verantwortung des Reichs, unter dessen Leitung des Auswärtigen die Weltmachtspolitik im großen Maßstabe begonnen wurde. Bülow war es, der Deutschland mit der Unionen Kiautschou den „Platz an der Sonne“ erwarb, der inzwischen vom Blute deutscher Soldaten gefärbt worden ist. Er hat die Vorbereitungen geschaffen für die Verdoppelung der deutschen Schiffsflotte, er ist der Sprecher der deutschen Imperialisten. Aber das, was die offiziellen Zeitungen dieser Tage verlangen, der „starke Mann“ — das ist er nicht. Er ist auch nicht der selbstbewusste, in sich geschlossene Charakter, als der er schon in einigen patriotischen Blättern vorweg gefeiert wird. Wäre er das wirklich, dann hätte er auf die Desavouierung, die seine ganze Chinapolitik durch das Telegramm des deutschen an den chinesischen Kaiser ertit, eine andere Antwort gefunden, als die Note vom 1. Oktober. Was er aber sein wird, das ist der „bequeme“ Reichskanzler, der alle Bindungen des Eid-Band-Bundes im Innern wie nach außen treu mitmacht und für jede Schwenkung eine schönrednerische Begründung sucht und vielleicht auch findet.

Bülow wird also mehr reden als Hohenlohe, das ist richtig, aber mehr regieren wird er nicht.

Es ist vielleicht nicht überflüssig, wenn wir das unpolitische Ereignis benennen, um einige Lebensdaten der beiden davon betroffenen Männer anzufügen:

Chlodwig Karl Viktor Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst Prinz von Ratibor und Corvey ist am 31. März 1819 zu Hohenburg a. d. Fulda geboren. Im Jahre 1842 trat er als Auskultantur zu Ehrenbreitstein in den preussischen Staatsdienst, war dann Referendar in Potsdam und Assessor in Breslau, erhielt 1846 die Herrschaft Schillingsfürst und trat dann als Landesherr in den Bayerischen Reichsrat ein. 1849 ging er als Reichsgesandter nach London. In der Krisis 1866 war er für den Anschluß Bayerns an Preußen thätig. Am 31. Dezember 1866 wurde er zum bayerischen Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen ernannt. Aber schon 1869 war er genötigt, um seine Entlassung einzufommen, als er die Schenkung von der Kirche wollte und die europäischen Kabinette nach der Verfassung des vatikanischen Konzils zu gemeinsamem Handeln gegen die vatikanischen Pläne aufgefordert hatte. Dem ersten Reichstag gehörte Fürst Hohenlohe als Vertreter von Preußen an und schloß sich der freikonserватiven Partei an. Nach der Entlassung des Grafen Arnim wurde er Botschafter in Paris und nahm als dritter deutscher Bevollmächtigter 1878 am Berliner Kongress teil. Im Jahre 1885 wurde er als Nachfolger Mantensfeld zum Statthalter der Reichsländer ernannt. Als Caprivis Nachfolger war „Onkel Chlodwig“ seit dem 29. Oktober 1894 Reichskanzler und Ministerpräsident.

Bernhard Heinrich Karl Martin v. Bülow, ein Sohn des Staatssekretärs Bernhard Ernst v. Bülow, wurde am 3. Mai 1849 zu Klein-Schlottbeck in Pommern geboren. Er studierte 1867 bis 1870 in Lausanne, Leipzig und Berlin und machte den deutsch-französischen Krieg mit. Nachdem er als Referendar zwei Jahre beim Landgerichte und beim Bezirks-Präsidium in Metz beschäftigt gewesen war, trat er in den Dienst des Auswärtigen Amtes ein und war zunächst Legations-Sekretär in Rom, Petersburg und Wien. 1877/78 war er Geschäftsträger in Athen. Während des Berliner Kongresses war er dem Sekretariat des Kongresses beigegeben. Nachdem er in den Jahren 1879 bis 1884, anfangs als zweiter, dann als erster Botschaftssekretär in Paris thätig gewesen, wurde er zum Botschaftsrat in Petersburg ernannt. Den Gesandtschaftsposten in Bukarest erhielt er 1888; während seiner Amtszeit dort kam der deutsch-rumänische Handelsvertrag zustande. Ende 1893 wurde v. Bülow zum deutschen Botschafter beim italienischen Hofe ernannt; seit Oktober 1897 ist er Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, in welcher Stellung er den Grafentitel erhielt und zugleich zum Staatsminister ernannt wurde.

Politische Uebersicht.

Gegen den Brotwucher!

Die agrarischen Kornwucherer setzen, wie wir schon oft ausgeführt haben, alle Segel bei, um gelegentlich der bevorstehenden Verhandlungen über die Erneuerung der Handelsverträge den Liebesgaben-Fischzug möglichst reichlich zu gestalten. Ein Sechsmark-Zoll für den Doppelcentner Roggen wird in der agrarischen Presse als das Minimum des zu Erstrebbenden bezeichnet, lieber aber würden sie acht oder gar zehn Mark Zoll erhoben sehen. Im gleichen Verhältnis

sollen dann auch alle übrigen Lebens- und Genussmittel unter der Zoll- und Steuerhantel bluten. In einer Zeit, wo der wirtschaftliche Niedergang von allen Seiten droht, wo das Unternehmertum überall Vorbereitungen trifft, um die Löhne wieder herabzusetzen und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, in solch bedrängter Zeit will junckerliche Habgier auch die Preise der notwendigsten Lebensmittel künstlich ins Ungemessene steigern; gegen eine solche Politik werden die Arbeiter bis zum letzten Mann in den Kampf eintreten. Gegenüber dem unverschämten Treiben der beutelustigen Grund- und Schlotjunker gilt es, die Interessen der Konsumenten mit aller Energie zu wahren. Im Reichstage erzielen die Brotwucherer sicher eine Majorität auch für die ausschweifendsten Forderungen, wenn die Wählermassen nicht rechtzeitig mobil machen und den Böllern ein Licht aufsetzen. Auf die Regierung ist kein Verlaß, denn sie steht unter der Führung des Grafen von Posadowsky ganz unter agrarischem und schützöllnerischem Einfluß. Unter solchen Umständen wird es höchste Zeit, daß die Konsumenten sich rühren, um das ihnen drohende Unheil abzuwenden. Von unserer Parteileitung sind, so schreibt der Vorwärts, Vorbereitungen getroffen, um durch Flugblätter und Protestversammlungen die Massen aufzurütteln. Sollten die angekündigten ungeheuren Forderungen wirklich Aufnahme in die neuen Vorlagen finden, so dürfte ein Proteststurm dagegen in Scene gehen, wie Deutschland ihn noch nicht erlebt hat. Unsere Parteipresse hat den Kampf gegen den Brotwucher bisher schon mit aller Entschiedenheit geführt, sie wird ihn fernerhin steigern in dem Maße, wie die agrarische Unverschämtheit bestimmtere Formen annimmt. An unsere Genossen im Reich aber möchten wir die Aufforderung richten, überall die nötigen Vorbereitungen zu treffen für eine umfassende und mit aller Energie geführte Agitation gegen den im größten Umfang geplanten Brot- und Lebensmittel-Wucher. Parteigenossen, seid auf dem Posten! —

Die agrarische Beseitigung der Wohnungsnot.

Das Organ Schweinburgs und Miquels, die Berliner Politischen Nachrichten, beschäftigen sich in ihrer letzten Nummer mit der Wohnungsnot. Den Staat oder das Reich geht die Wohnungsnot nichts an, sagt das Sprachrohr Miquels, des Ehrenvorsitzenden des Frankfurter Vereins „Reichswohnungs-gesetz“, der genau die entgegengesetzten Tendenzen vertritt und die Lösung der Wohnungsfrage durch das Reich betreibt. Nach den Berliner Politischen Nachrichten ist es lediglich Sache der Gemeinden, im Verein mit gemeinnütziger Privatthätigkeit lokale Mißständen abzuhelfen. Und dann kommt der folgende Ausfluß agrarischer Begehrlichkeit:

Will man auf die Dauer gesunde Wohnungsverhältnisse schaffen und erhalten, so wird auch durch entsprechende gesetzgeberische Maßnahmen dafür zu sorgen sein, daß der Zugang nach solchen Ortschaften an die Vorbedingung geknüpft wird, daß der Neuzugewandene über eine den Bedürfnissen seiner Familie entsprechende Wohnung verfügt. Eine solche Beschränkung des Zuganges ist die unerläßliche Voraussetzung für die Beseitigung unbefriedigender Wohnungsverhältnisse durch private und gemeinnützige Thätigkeit. Eine solche Maßregel wäre aber auch zweifellos von erheblicher sozialer Bedeutung. Sie würde dem ungesunden Zustande der Bevölkerung in die großen Städte und in die industriellen Centren insofern entgegenwirken, als Steuern geeignet sein, als dann der Zugang auf diejenigen Arbeiter beschränkt werden würde, welche an den betreffenden Orten bereits eine sichere Arbeitsstelle gefunden haben. Es würden dem flachen Lande und den kleinen Städten diejenigen Persönlichkeiten nicht mehr in dem Umfange wie bisher entzogen, welche sich zwar für die Centren des Verkehrs und der gewerblichen Thätigkeit nicht eignen, aber in den einfacheren Verhältnissen des ländlichen Lebens noch sehr nützlich wirken und ihr gutes Fortkommen finden können.

Das Verlangen der Agrarier, die Freizügigkeit aufzuheben, erhält also hier die hochoffizielle Unterstützung. Da man dies „kleine Mittel“ auf dem geraden Wege so schnell noch nicht erreichen kann, benutzt man einen krummen Feldweg, um zum ersehnten Ziele zu gelangen. Es ist nicht abzusehen, weshalb der offiziöse Miquels nicht noch einige Schritte weiter geht und die Forderung aufstellt, daß durch „entsprechende gesetzgeberische Maßnahmen“ die Obdachlosen der Städte in die Rathenhäuser der Rittergüter abgeschoben würden. Es sind dort noch Tausende von Gefassen vorhanden, die, nach einem Ausspruch des Kaisers, noch schlechter sind als die Schweine in alle. Aber mit anderen Worten: Die Wohnungsnot läßt sich im Lande der offiziellen Sozialreform nur durch die Einführung der Sklaverei und Leibeigenschaft beseitigen! Die Agrarier werden den Wink verstehen und danach handeln. —

Die Landtagswahl in Breslau.

Das Gesamtergebnis der Breslauer Landtagswahl stellt sich, abgesehen von unwesentlichen Veränderungen, die noch eintreten können, nach einer Zusammenstellung, die dem Vorwärts zugeht, wie folgt:

Von denjenigen Bezirken, in denen neu zu wählen war, hatten:

Freisinnige	155, Soziald.	88, Konserv.	177 Wahlmänner
Es wurden neu gewählt:			
Freisinnige	158, Soziald.	51, Konserv.	150 Wahlmänner
Es verblieben als Wahlmänner:			
Freisinnige	433, Soziald.	50, Konserv.	469 Wahlmänner
Dazu:			
Neugewählt	158, Neugewählt	51, Neugew.	150 Wahlmänner
591	101	628	Wahlmänner

Es würden also 591 Liberale und 101 Sozialdemokraten, zusammen 692 Wahlmänner beider Parteien den 628 konservativ-merikanischen Wahlmännern gegenüber stehen. Berücksichtigt man diese Zahlen noch durch Ungültigkeitserklärungen und das Ausbleiben eventuell umfallender einzelner Wahlmänner werden, doch ist an der Niederlage der Reaktion bei der Abgeordnetenwahl nicht zu zweifeln.

Die Sozialdemokratie hat 13 neue Wahlmännermandate gewonnen. Diese sind zum Teil in Bezirken gewonnen worden, die bisher freisinnige Wahlmänner hatten. Die Freisinnigen konnten aber mit sozialdemokratischer Hilfe diese Verluste durch Eroberung konservativ-merikanischer Bezirke gutmachen. Mehrere Bezirke verfielen mit geringer Majorität den Konservativen infolge ungenügender Unterstützung unserer Partei durch die Freisinnigen, die mehrfach bei Stichwahlen sich der Abstimmung enthielten; sogar drei Freisinnige, die zu Wahlmännern gewählt wurden, stimmten in der Stichwahl gegen unsere Genossen und führten in zwei Fällen den konservativen Sieg herbei.

In unserem Breslauer Parteiorgan, der Volkswacht, wird der Wahlausfall folgendermaßen beurteilt:

„Die politische Bedeutung der Niederlage der Reaktionäre ist nicht zu unterschätzen. Die Brothucherer, die Fleischverkäufer, die Feinde jeder freiheitlichen Regierung des Volks hatten ihr wahres Gesicht verhängt und die grüne Wüste des konservativen „Volkstums“, des lang erwarteten „Netters des bedrängten Mittelstands“, vorgenommen. Durch eine Monate dauernde, geschickt geleitete Agitation hatten sie die politischen Leidenschaften im Stande der Handwerker und Gewerbetreibenden aufgewühlt. Underschieds — und das ist für uns das besonders Interessante — hatten sie die Thatfache, daß bei dieser Nachwahl Nationalliberale, Freisinnige und Sozialdemokraten zur Bekämpfung der Reaktion vereinigt waren, nach Kräften für sich auszunutzen versucht. Die Furcht vor dem roten Gespenst, vor den „Teufeln“, den „Feinden des wohlverordneten Eigentums“ sollte den ehrsam liberalen Spielbürgern so in die Glieder fahren, ihnen den Verstand, die Ueberlegung nehmen, daß sie sich ohne Besinnen in die lebend ausgestreckten Arme der braunen Junker, Junkerengenossen und Pfaffen stürzten. In diesem Sinne hat man seit Wochen in Rede und Schrift gearbeitet und wirklich Unerkennenswertes geleistet. Gewiß ist auch nicht zu leugnen, daß man gewisse Erfolge nach dieser Richtung hin erzielte. Die Niederlage der Reaktion hätte eine geradezu vernichtende werden können, wenn nicht hunderte von Wählern „freisinniger“ Observanz aus Furcht vor der Koalition des „Umsturzes“ mit dem Liberalismus entweder von vornherein für den konservativen Kandidaten gestimmt hätten oder doch zu Hause geblieben wären. Und gar mancher, der trotz der Umsturzangst in der ersten Wahlgang für den Freisinn stimmte, hat dann in der Stichwahl zwischen Sozialdemokraten und Reaktionären für den letzteren seine Stimme abgegeben...“

Die sozialdemokratische Partei beteiligte sich in 105 Bezirken und erzielte in denselben 51 Mandate. Da wir von den 105 Bezirken vorher nur 38 im Besitz hatten, haben wir einen Gewinn von 13 neuen Mandaten zu verzeichnen, ein Resultat, das uns mit großer Genugthuung erfüllen darf. Die Arbeiter Breslaus haben die rechte kräftige Antwort gegeben auf die gemeinen Angriffe, die man auf ihre und ihrer Wahlmänner Ehre zu richten wagte: Die Breslauer Arbeiter jenden eine ganze Anzahl mehr von jenen „künstlichen, bestialischen Subjekten“ in die Wahlmänner-Versammlung zur Wahl der Abgeordneten. Wir lassen uns nicht ungestraft beschimpfen.

Ja, die Sieger in diesem Wahlkampfe sind einzig die Sozialdemokraten! Sie allein haben einen Zuwachs von Mandaten zu verzeichnen, während die Freisinnigen ihren Besitzstand nur infolge unserer thätkräftigen Unterstützung wahren konnten und die konservativ-merikanischen uns ihre erneute Niederlage zu danken haben.

Und noch einen anderen großen Vorteil hat uns diese von den Konservativen in so gehässiger Verblendung herbeigeführte neue Landtagswahl gebracht. Sie hat die lange fünfjährige Pause zwischen den Wahlen von 1898 und der Neuwahl des Abgeordnetenhauses in erwünschter Weise unterbrochen, sie hat uns erneute Gelegenheit gegeben, im Feuer zu exerzieren, zu agitieren, zu organisieren und zu lernen, wie unter dem Dreiklassen-Wahlssystem von uns gearbeitet werden muß und mit Erfolg gearbeitet werden kann. Wir werden, angepornt und geschickter gemacht durch die Erfahrungen dieser Wahl, in drei Jahren um so besser anzupacken verstehen. Und wir werden uns so freudiger, begeisterter, energischer in jenen Wahlkampf hineingehen, als dann nicht lediglich eine Unterstützung anderer Parteien für uns in Betracht kommt, wie sie die gegenwärtige Situation eben unbedingt erforderlich machte. Nein, dann werden wir unsere ganze Arbeit, unser Mühen und Trachten richten auf ein andres Ziel: auf die Eroberung eines eignen Mandats! Im Jahr 1903 wird die Breslauer Arbeiterschaft ihre ganze Kraft einlegen, um den ersten sozialdemokratischen Abgeordneten in das preussische Landtagshaus zu bringen. Die Lehren, der Ausfall der gestrigen Wahl zeigen uns, daß das Ziel

erreichbar ist. Nutzen wir die vor uns liegenden drei Jahre aus in steter, zäher, planvoller Arbeit, dann muß es gelingen — zum Wohl unserer großen Sache, zur Ehre der Breslauer Arbeiterschaft!“

Daraus geht hervor, daß die Breslauer Genossen für diesmal noch die drei Mandate den Freisinnigen überlassen wollen. —

Deutschland.

* Berlin, 18. Oktober. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten Berlins haben zur Wohnungsnot folgenden Antrag eingebracht: „Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, mit der Versammlung in gemischter Deputation zu beraten: 1. durch welche Mittel die zur Zeit — namentlich für die Arbeiterbevölkerung — herrschende Wohnungsnot zu beseitigen ist; 2. was städtischerseits zu geschehen hat, um durch kommunale Maßnahmen den auf dem Gebiete des Wohnungswesens bestehenden Missständen zu begegnen.“

— Für die Feldartillerie sollen Panzerschilde zum Schutz der Bedienungsmannschaften nach französischen Muster eingeführt werden. Erstmalige Kosten 137 600 Mark. Kleinigkeit! —

— Der Kultusminister Dr. Studt hat die Oberpräsidenten ersucht, bezüglich der aus staatlichen Mitteln unterstüzten Volksbibliotheken darauf hinzuwirken, daß bei der Auswahl der Bücher auch darauf Rücksicht genommen werde, daß Interesse für die vaterländischen Kolonien und für die weitere Entwicklung der Flotte durch die Aufnahme geeigneter Schriften zu beleben. — Die staatliche Unterstützung wird also dazu benutzt, um Rhetik-Stimmung im Volke zu erzeugen. In gleicher Zeit liegt in der Verordnung der Beweiz, daß mit der letzten Flottenvorlage die Rüstungen noch lange nicht beendigt sind. —

— Die Ausgabe von neuen Gewehren an die Gardetruppen aus dem Artilleriedepot in Spandau nimmt nach den Berliner neuesten Nachrichten ihren Fortgang. Binnen 14 Tagen dürfte das gesamte Gardekorps damit ausgerüstet sein. Mit den Gewehren werden auch neue Seitengewehre ausgegeben. Die Rekruten der Garde werden sämtlich mit den neuen Waffen ausgebildet, ebenso wie die der Artillerie mit den neuen Geschützen. Dabei ist der Reichstag wegen der Kosten noch gar nicht befragt worden. Da die Mehrheit unter allen Umständen bewilligt, hält man das augenscheinlich nicht für nötig. —

— Ein Torpedoschießplatz soll nach der Wossischen Zeitung in der Hensburger Förde errichtet werden nach dem Muster der in Friedrichsort bestehenden. Eine Anlage viel größeren Stils soll nach der Wossischen Zeitung in der Wiser Bucht der Kieler Förde hergestellt werden. Dort soll ein Torpedobootshafen erbaut werden, groß genug, um 10 Divisionen aufzunehmen. Der Hafen werde nicht nur mit Werft- und Werkstättenanlagen für die Reparatur versehen, sondern es werden auch Mechanikerwerkstätten und solche für Schiffs- und Maschinenbau auf der neuen Insel errichtet. — Der Kieler Kriegshafen soll, wie mehreren Zeitungen geschrieben wird, in den Befestigungen auf der Seeferse mit einem Kostenaufwand von 5 Millionen Mark umgestaltet werden. Gegenwärtig sind die Arbeiten an einem Panzerturm in Laboe in vollem Gange. Der Reichstag wird schon alles bewilligen. Es ist viel nötiger, daß für die Unterkuft der Torpedoboote und Panzerschiffe als der Schulkinder gesorgt wird. —

— Das Kontingent an Zucker ist von dem Ausschuss des Bundesrats berechnet worden für das Betriebsjahr 1901-1902 auf 20 790 002 dz, das sind 899 770 dz mehr als im Vorjahr. Das Kontingent hat die Bedeutung, daß für die das Kontingent übersteigenden Zuckermengen sich die Steuer der Zuckerverfabriken um 2,50 Mark für 100 Kilo erhöht. Nach dem Zuckersteuergesetz muß das Kontingent alljährlich um das Doppelte desjenigen Betrages vermehrt werden, um welchen der inländische Verbrauch an Zucker im vergangenen Rechnungsjahre den Verbrauch in dem nächstvorangegangenen Rechnungsjahre übertroffen hat. Dieser Mehrverbrauch berechnet sich, in Rohzuckerwert dargestellt, auf 449 885 dz, daher die Erhöhung des Kontingents um obige 899 770 dz. —

— Die Nationalliberale Korrespondenz bezeichnet die Meldung der Täglichen Rundschau, die Staatsregierung habe sich zu einem Verbot der Kohlenausfuhr entschlossen, als durchaus unzutreffend. Das haben wir gestern vorausgesagt. —

— Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich in Hamburg nach der Berliner Volkszeitung am Dienstag eine 18-jährige Afrobatin zu verantworten. Sie war trotz ihrer Jugend einmal wegen Diebstahls, zweimal wegen Betruges und dreimal wegen gewerbsmäßiger Unzucht verurteilt. Sie hatte ihre Logiswirtin, mit der sie in Streit geraten war, wegen Kuppelerei denunziert, worauf ein Freund der Logiswirtin ausgesprochenemmaßen, um das Zeugnis der T. in dem Kuppelprozeß zu entwerten, die T. denunzierte hatte, sie habe vor einigen Monaten eine Majestätsbeleidigung begangen. Die ganze Geschichte bewegte sich in einem Wust von Schmutz und Gemeinheit, doch wurde die Angeklagte vom Gericht durch die Beweisaufnahme für überführt angesehen und zu drei Monaten Gefängnis und einer Woche Haft verurteilt. Der Staatsanwalt, der behauptet hatte, daß ein solcher Fall infolge einer aus niedrigen Motiven erstatteten Denunziation zur gerichtlichen Erörterung komme, hatte sechs Monate Gefängnis und drei Wochen Haft beantragt. —

* Gotha, 17. Oktober. Es ist sehr leicht möglich, daß die Sozialdemokraten im gothaischen Landtag doch die Mehrheit erhalten. In 9 Wahlkreisen haben die Sozialdemokraten die Mehrheit. Im 14. Wahlbezirk stehen den 19 sozialdemokratischen Wahlmännern 23 bürgerliche, und zwar 11 liberale und 12 Bund der Landwirte gegenüber. Letztere haben es abgelehnt, den bis-

herigen liberalen Abgeordneten Zusatz zu wählen, wogegen die Liberalen unbedingt an diesem festhalten wollen. In letzter Stunde werden die Liberalen schon nachgeben.

* Weimar, 17. Oktober. Die Wahlmänner wählen für den Landtag sind auf den 26. Oktober nach langen Zögern festgelegt worden. Unsere Genossen haben mit den Freisinnigen und Nationalsozialen eine Wahlabmachung getroffen, um das von den Konservativen, Württemberg und Nationalliberalen gestützte reaktionäre Regime Wurm-Pawel zu stürzen. Hoffentlich wird es ihnen gelingen. —

Rußland.

England.

Das neugewählte Parlament tritt erst Mitte Februar zu seiner ersten regelmäßigen Tagung zusammen. Es verläutet, dem Handelsminister Ritchie wurde der durch Rücktritt Goschens erledigte Posten des Marineminister angeboten. Da auch der Vizekönig von Irland, Lord Cadogan zurücktritt, soll sein Posten dem Lord Lansdowne angetragen werden, falls dieser geneigt sein sollte, das Kriegsamt abzugeben. —

Frankreich.

Die Zuckerkonferenzen in Paris zwischen Delegierten von Deutschland, Oesterreich und Frankreich zu Vereinbarung einer allgemeinen Abschaffung der Zuckerausfuhrprämien sind nach einer durch die Verbreitung der Wossischen Bureaus als offiziös kenntlichen Pariser Mitteilung der Kölnischen Zeitung „an einem entscheidenden Punkt“ angelangt. Es handelt sich darum, die französische Regierung, welche in die Aufhebung der direkten Zuckerpämie gewilligt hat, zu einer wesentlichen Herabsetzung der indirekten Prämie zu bestimmen. Die Vertreter Deutschlands und Oesterreichs fordern die Herabsetzung der indirekten französischen Prämie auf ein Drittel der heutigen Höhe, da diese beiden Länder erst bei der Erfüllung dieser Forderung ihre Ausfuhrprämien aufheben könnten. Man glaubt nun annehmen zu können, daß die Franzosen bereit sind, die Hälfte der indirekten Prämien nachzulassen. Bei dieser Konzeption würden, nach Meinung der Kölnischen Zeitung, Deutschland und Oesterreich Ungarn in die Aufhebung der ganzen Zuckerausfuhrprämie willigen. Die Beratungen werden noch fortgesetzt. —

Vereinigte Staaten.

Bryan (sprich Dreian) der Präsidentschaftskandidat der Demokraten, hielt in New-York am Dienstag vor insgesamt 60 000 Zuhörern, die ihn enthusiastisch begrüßten, die Wahlreden. In der Rede in Tammany Hall sagte er, er sei unbeding, daß, wenn man mit einem Volke handhaben wolle, man auch dessen Herr sein müsse, oder daß man, um ein Land zu beschützen, einen Rechtsanspruch darauf besitzen müsse. Bryan verwies darauf, daß Amerika Venezuela in dessen Streitfall mit England beschützt habe, und sagte, auf dieselbe Weise könnte Amerika den Schutz über die Philippinen ausüben. Da Bryan an der freien Silberprägung hartnäckig festhält, so ist seine Niederlage trotz der New-Yorker Jubels fest besiegelt. —

Südafrika.

Vom Kleinkrieg der Buren diesseits und jenseits des Baalfusses wird gemeldet: Aus Pretoria: In den letzten Tagen ist der Telegraphenverkehr nach Süden und Osten unterbrochen worden. Die Buren, die bisher beim Fortschritt von Eisenbahnen die Telegraphenlinien unversehrt zu lassen pflegten, haben jetzt begonnen, die Telegraphenbrüste zu durchschneiden. — Aus Bloemfontein: Zwölf Buren plünderten eine achtzehn Meilen von hier auf dem Wege nach Kimberley belegene Farm; sie küßerten, sie bitteten den Vorstab einer starken Truppe. — Feldmarschall Roberts meißelt aus Pretoria vom 16. Oktober: General Kelly-Kenny berichtet Leutnant Malcolm griff mit einer kleinen Abteilung Polizeitruppen von Wepener die Buren in der Nähe an: 7 Buren wurden getötet, 2 gefangen genommen. Die Engländer hatten keine Verluste (?) Kapitän Pine Cassin traf am 14. Oktober bei Ventersburgrood-Station auf Buren und vertrieb sie. Er erhielt sodann die Nachricht, daß eine andere Burenabteilung seine Rückzugslinie bedrohe, und verlor auf dem Rückzuge, bei dem er hart gedrängt wurde, einen Lieutenant und zwei Mann tot, vier Mann verwundet. General Barton berichtet aus Wepener, kleine Burenabteilungen in der Nachbarschaft richteten so viel Schaden an, wie sie vermochten; er habe am 14. Oktober mehrere angegriffen; einige seien getötet, viel Munition sei erbeutet worden. Thennis Botha, ein Bruder des Generals Botha, habe Volkstrust übergeben. — Wegen Hochverrats wurde, wie der Standard aus Durban berichtet wird, der deutsche Missionar Prozesky zu einem Jahr Gefängnis und 500 Pfund Geldbuße verurteilt. — Die deutsche Staatszugehörigkeit wird der „deutsche“ Missionar verunmühtlich nicht besitzen. —

Soziales.

Wer trägt die Kosten des wirtschaftlichen Niedergangs? Beginnt eine günstige Geschäftskonjunktur so ist die Unternehmerklasse sofort dabei, die Preise der Waren zu erhöhen, erst zuletzt und in der Regel erst nach einem vorausgegangen stärkeren Druck der Arbeiter bequehen sich die Unternehmerklasse, auch die Löhne der Arbeiter zu erhöhen. Beginnt dagegen eine geschäftliche Depression, sucht die Unternehmerklasse die Preise der Waren so langsam als möglich hochzuhalten, aber sie beginnt sofort mit Arbeitentlassungen und Lohnreduktionen. Die beginnende Krise liefert hierfür wieder die Beispiele in Hülle und Fülle. Man aber ist, daß diese Geschäftspraktik in einem Unternehmernorgan der Unternehmerklasse empfohlen und nicht nur empfohlen, sondern auch zu rechtfertigen versucht wird. So schreibt die Nr. 25 der Deutschen Bergwerks-Zeitung vom 7. Oktober, nachdem sie die Schwierigkeiten hervorgehoben, die der Bildung des Feinblech-Syndikats entgegenstehen solle

Bei Dichte betrachtet, wäre es gar nicht so schlimm, wenn namentlich die kleineren und mittleren Werke sich thätig zu Lohnreduktionen entschließen wollten, um auf eine mäßigeren Preiskurs zurückzukommen. Wahrscheinlich würde sich auf dieser eine bemerkenswerte Belebung des Geschäfts einstellen. Die Lohnrate ist schließlich, da die Produktions-Syndikate noch mit den Preisen standhalten, der einzige Faktor, der zunächst einer Verbilligung fähig ist, und die Arbeiter werden sich nicht beklagen dürfen und werden sich in Wirklichkeit auch kaum beklagen, wenn die Werksleitungen, um von Arbeiter-Entlassungen abzuweichen, Lohnregulierungen vornehmen. Der Arbeitspreis ist in den letzten Jahren rapide bis zu einer sehr ansehnlichen (?) Höhe gestiegen und bei maßvollen Kürzungen bleiben immer noch Lohnsätze, die einen recht guten Standard of Life ermöglichen. Außerdem ist es nicht mehr als billig, daß die Arbeiter an den Schicksalen ihrer Werke teilnehmen.

Dieser Versuch einer Rechtfertigung von Lohnreduktionen, bemerkt der Vorwärts hierzu, ist einfach unverschämte, aber auch sehr lehrreich. Diese Darstellung zeigt, woher der Mehrwert kommt, den der Unternehmer schluckt; sie zeigt aber auch wieder der Arbeiterklasse, daß es in dem Kampf zwischen Kapital und Arbeit nur eine wirkliche Lösung gibt: die Niederwerfung des Kapitalismus und die Verwirklichung des Sozialismus. Kann haben die Arbeiter die Günst der wirtschaftlichen Lage für sich ein wenig ausgenutzt und schon beginnt der wirtschaftliche Niedergang, der ihnen wieder zu nehmen droht, was sie eben erst errungen haben, und als Zugabe folgt: Mietssteigerungen und Erhöhung der Lebensmittelpreise in nie zuvor gekannter Höhe. Die Geduld und der Mut der Arbeiterklasse werden in den nächsten Jahren auf eine harte Probe gestellt werden.

Gerichts-Zeitung.
Landgericht Magdeburg.
Sitzung vom 18. Oktober 1900.

Uebertretung. Der Arbeiter Wilhelm Geißler zu Burg fuhr am 11. August d. J. Kisten und fünf zwei Wagen an einander, ohne den zweiten Wagen durch eine erwachsene Person beaufsichtigen zu lassen; vielmehr beauftragte er damit den 12 Jahre alten Schulfreund Walter Weide. In ihm gestellte sich der Schulfreund Walter Weide und unterließ sich mit ihm an der Wagengänge. Als Krone die Mahnung, sich zu entfernen, um nicht überfahren zu werden, befolgen wollte, polterte er mit seinen Hufeisen, kam zu Fall und geriet unter das Vorderrad, wodurch er einen Bruch des linken Armes erlitt. Geißler wurde wegen Uebertretung der Straßenpolizei-Verordnung mit 10 Mk. Geldstrafe belegt, dagegen von der Auflage der schriftlichen Körperverletzung freigesprochen.

Betrug. Der schon öfter bestrafte frühere Drogist Paul Arbeiter ließ sich von Verbilligung seiner letzten Buchhändlerstrafe im Mai d. J. hier als Massieur und Kurpfuscher nieder. Er stellte sich als Dr. und praktischer Arzt vor, behandelte alle möglichen Krankheiten und verabreichte seinen Kunden Medizin, die er angeblich nach einem Rezeptbuche selbst zusammensetzte. Für die Behandlung der Kranken und das Massieren nahm er keine Vergütung, wohl aber ließ er sich für die verabreichte Arznei weit mehr zahlen, als sie ihm kostete. Heute stehen fünf Betrugsfälle zur Auflage, in denen er Frauen an Magen- und Leberleiden, offenen und gelähmten Weinen und Gelenkrheumatismus behandelt und Arzneien verabfolgt hatte. Gelegentlich einer polizeilichen Nachfrage legte Arbeiter sich dem Schuttmann gegenüber einen falschen Namen bei. Wegen dieser Uebertretung erkannte der Gerichtshof auf 14 Tage Haft. Betreffs der Vermögensgegenstände in einem Falle ein Vermögensschaden und in zwei anderen Fällen der unfähliche Zusammenhang zwischen der Vorspiegelung und der Vermögensschädigung nicht festgestellt werden, weshalb in diesen Punkten Freisprechung erfolgte. Dagegen wurde Arbeiter in zwei Fällen des Betrugs schuldig befunden und, da wiederholter Mißfall vorliegt, zu einem Jahre 3 Monaten Zuchthaus, 150 Mk. Geldstrafe ebenfalls weiteren 10 Tagen Zuchthaus und 2 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

- Donnerstag, 18. Oktober:**
Männer-Turnverein „Freischütz“, Magdeburg. Jeden Montag und Donnerstag Turnstunden in der städt. Turnhalle Augustastraße 22-23, Eingang Bismarckstraße.
Arbeiter-Gesangverein „Freundschaft“, Neue Neustadt. Jeden Donnerstag abends 8 Uhr Übungsstunde bei H. Schall, Fabrikstraße.
- Freitag, 19. Oktober:**
Arbeiter-Turnverein Angola. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunden in der Krone, Moßstraße.
Mundharmonika-Verein Concordia, Alte Neustadt. Jeden Mittwoch und Freitag Übungsstunde im „Schonew“, Högäckerstr. 73.
Männer-Gesangverein „Vorwärts“, Alte Neustadt. Jeden Freitag Übungsstunde bei Schürich, Moßstraße 26.
Naturheil-Verein Neue Neustadt. In der Genossenschafts-Badeanstalt Breitenweg 31, Übungsabend: Dienstags für Herren, Freitags für Damen. Anfang abends 8 1/2 Uhr.
N. Neustädter Arbeiter-Gesangverein. Jeden Freitag abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde im „Weißen Hirs“,
Turnverein Vorwärts Eubenburg. Jeden Mittwoch und Freitag Turnstunden in der städtischen Turnhalle am Königsweg.

- Turnverein „Jahn“, Eubenburg. Jeden Mittwoch und Freitag Turnabend in der „Berthel Vierhaller“, Schönungerstraße 28.
Eubenburg Arbeiter-Gesangverein „Vedertanz“. Jeden Freitag abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde bei Bloche, Braunschweigerstr. 2a Mitglieder werden aufgenommen.
Arbeiter-Stenographen-Verein, Bezirk Budau. Jeden Freitag abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde bei Bethge, Thiemstraße.
V. A. L. E. Turnverein „Jahn“. Jeden Freitag von 8 1/2-10 Uhr abends Turnstunde bei W. Gens.
Arbeiter-Turnverein Dörfel. Dienstags und Freitags Übungsstunde bei H. Schinke.
Arbeiter-Gesangverein Dörfel. Jeden Freitag abends 8 Uhr Übungsstunde bei Hermann Hildebrandt (Gasthof zum weißen Ross).
Dörfel Männer-Turnverein. Jeden Dienstag und Freitag Übungsstunde im „Weißen Ross“ (Zah. Hildebrandt).
Niederbodeleben. Arbeiter-Turnverein „Freiheit“. Jeden Dienstag und Freitag Übungsstunde bei Gustav Hornemann.
Klein-Ottersleben. Arbeiter-Gesangverein „Gleichheit“. Jeden Freitag abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde beim Gastwirt A. Müller.
Klein-Ottersleben. Männer-Turnverein Klein-Ottersleben. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde bei A. Müller in Klein-Ottersleben.
Männer-Turnverein Groß-Ottersleben. Jeden Dienstag und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde im „Goldenen Stern“.
Mittleren-Klub Groß-Ottersleben. Jeden Dienstag und Freitag Übungsstunde bei Stumpf.
Freie Turner Bismarck. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde im Lokale des Herrn Hoppe.
Arbeiter-Turnverein „Vorwärts“, Fernerleben. Jeden Dienstag und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde bei Lausch.
Burg. Freie Turnerschaft. Jeden Dienstag und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde in der „Guten Quelle“, Koloniestr. 19.
Neuhaldensleben. Arbeiter-Gesangverein „Einigkeit“. Jeden Freitag abends 8 Uhr Übungsstunde bei W. Hertzog. In jeder Übungsstunde werden Mitglieder aufgenommen.

Sonntabend, den 20. Oktober:
Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Zahlsche Magdeburg-Neustadt). Mitglieder-Versammlung abends 8 Uhr bei Schall, Fabrikstr. 5/6.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

* **Groß-Ottersleben, 18. Oktober.** Nicht eigentliche Vorbereitungen zur Reichstagswahl sind hier getroffen worden. Morgens früh riefen 30 Schutzleute in Uniform unter Führung eines Polizeikommissars in unserem friedlichen Dorfe ein, vermittelnd, um die „Ruhe“ und „Ordnung“ aufrecht zu erhalten. Wer diese bedroht, dürfte ewiges Geheimnis derjenigen bleiben, welche das Schutzmännchen befehlen. Mit gebührender Feiertätigkeit wurden die Hüter der Ordnung in Empfang genommen. Im ganzen waren nämlich nicht mehr als fünf Sozialdemokraten anwesend, für deren Ueberwachung also genügend Sorge getragen ist. Wenn noch etwas gefehlt hätte, um die Otterslebener Arbeiter zu reger Kraftentfaltung zu veranlassen, so würde das Schutzmännchen diese Wirkung schon erzielen.

Hd. Berlin, 18. Oktober. Dem Lokal-Anzeiger wird aus London gemeldet: Die englische Zeitung Truth erzählt, daß König Leopold von Belgien, welcher einer der Testamentsvollstrecker der Kaiserin Friedrich ist, sie demnach in Belgien in Friedrichshof besuchen wird. — Die Kaiserin Friedrich ist noch immer sehr schwer krank.

Hd. Berlin, 18. Oktober. Wie das Berliner Tageblatt aus Krakau meldet, wurde der Führer der Sozialdemokraten, Daszynski, wegen einer Demonstration im Theater gegen ein antisoziales Stück zu 10 Wochen Arrest verurteilt. Er hat die Wichtigkeitsbeschwerde angemeldet.

Der Wechsel im Reichskanzleramt.

Hd. Berlin, 18. Oktober. Mit dem Kanzlerwechsel beschäftigen sich nur einige Morgenblätter, da denselben die Nachricht vom Rücktritt Hohentlohes und die Ernennung des Grafen Bülow zum Nachfolger erst in später Abendstunde zugegangen ist.
Die Deutsche Tageszeitung sagt, der Rücktritt Hohentlohes sei jetzt kein Ereignis von besonderer politischer Bedeutung mehr. Das Kleine Journal schreibt: Wie vielleicht hat sich der Abgang eines ersten Dieners der Krone bei uns zu Lande ruhiger abgepielt, als der des Mannes, dem man heute den politischen Nachruf zu halten hat. Fürst Hohentlohe ist nicht gestürzt, er scheidet im Wohlgefühl des Vertrauens und der Wohlwollendheit seines kaiserlichen Herrn, ohne Zwist und Auseinandersetzung.
Die Botschaftliche Zeitung sagt: Der scheidende Reichskanzler blüht auf eine Laufbahn, reich an Erfolgen und Ehren, aber auch reich an Mühe und Arbeit, zurück. Fürst Hohentlohe, als Nachfolger des Grafen Caprivi, wurde von dessen Gegnern vertrauensvoll begrüßt. Er scheidet, beladen mit der offenen Feindschaft der äußersten Rechten. Graf Bülow erweist sich der rückhaltlosen Gunst des Kaisers. Er gilt als der eigentliche Urheber der jüngsten Stottenvermehrung. Er wird der würdige Leiter der auswärtigen Politik sein. Daß er konservativ ist, versteht sich von selbst, aber nach seinem ganzen Auftreten könnte vermutet werden, daß er von engherzigen hinterlistigen Ansichten frei ist, auch für das konstitutionelle System besseres Verständnis hat, als manche konservative Parteiführer.
Das Berliner Tageblatt schreibt: Fürst Hohentlohe darf wegen dessen, was er gewollt, der Anerkennung von Mit- und Nachwelt sicher sein, wenn auch das, was er vollbracht, weit hinter den Erwartungen zurückbleibt, die an seinen Eintritt ins Kanzleramt von Hoch und Niedrig gefaßt worden waren. Sein Nachfolger wird sich

sagen müssen, daß es nur einen Weg giebt, das Reichskanzleramt segensreich für die Allgemeinheit zu gestalten, nämlich es im Geiste der Reichsverfassung zu lösen und im freien Bewußtsein der Verantwortlichkeit, die es ihm auferlegt.

Der Vorwärts-Courier sagt: Graf Bülow hat sich als Diplomat bewährt und werden wir sehen, wie er für die neuen Handelsverträge seine junge Kraft einsetzt und Hindernisse sachlicher und persönlicher Art zu beseitigen gedenkt.
Die Volkszeitung meint, der Rücktritt des Fürsten Hohentlohe hätte zu keinem für die Reichsregierung ungünstigerem Augenblick erfolgen können, als dem gegenwärtigen. Für die Opposition sei eine Situation geschaffen, die ihr die größten moralischen Erfolge bei der ganzen Nation sichert, wenn sie die Debatten im Reichstage mit rücksichtsloser Schärfe führt.

Der Vorwärts schreibt: Der dritte Kanzler des Deutschen Reiches hat sich von seinem Plaze geschieden, der Kanzler des Reiches, der immer mehr zum unaussprechbaren Kanzler wurde. Es ist sonderbar, daß Fürst Hohentlohe sich plötzlich dazu entschlossen hat, den Kanzlerposten zu verlassen. Noch sonderbarer ist es allerdings, daß er erst jetzt diesen Schritt that. Er hätte einen würdigen Abgang in der ersten Zeit der Chinakrise gefunden. Sein Rücktritt bedeutet, wo es gilt, dem Reichstage Nechenschaft abzulegen, die schärfste Beurteilung der gesamten China-Politik des Grafen Bülow.

Hd. Wien, 18. Oktober. Die Wiener „Presse“ schreibt in einer Besprechung des Kanzlerwechsels in Deutschland: „Da Fürst Hohentlohe nie ein Neht daraus gemacht hat, daß er mit der Chinapolitik des Kaisers Bülow nicht einverstanden sei, sei das Ereignis sicherlich jetzt keine Ueberraschung, höchstens müsse man sich wundern, daß dies Ereignis erst jetzt eingetroffen ist. Daß sein Nachfolger wieder mit voller Kraft für Deutschlands Chinapolitik eintritt, dafür werde Kaiser Wilhelm schon Sorge tragen.“

Hd. Paris, 18. Oktober. Wie der Frankfurter Zeitung von hier depechiert wird, macht die Demission des Reichskanzlers Fürst Hohentlohe in den Redaktionen der Pariser Blätter um so größeren Eindruck, als man hier nach den letzten Berliner Uebertragungen eher eine neue lebhaftere politische Beschäftigung Hohentlohes erwartete. Der Temps sprach noch in seinem gestrigen Leitartikel die Vermutung aus, daß der Kaiser selbst ein stärkeres Hervortreten des Reichskanzlers wünschte, um seine eigene Verantwortung abzumägen. Wahrscheinlich werden nunmehr die meisten französischen Blätter den Kanzlerwechsel als Ausgangspunkt einer noch proungärteren persönlichen Politik in Deutschland betrachten.

Vom Krieg in China.

Hd. Frankfurt a. M., 18. Oktober. Aus New-York wird der Frankfurter Zeitung berichtet: Frankreich schlug den sofortigen Beginn der Friedensverhandlungen vor, da alle Mächte mit der Note Delcassés einverstanden seien.

Hd. London, 18. Oktober. Nach einer Schanghai Meldung haben chinesische Handwerker eine Petition an das Konsularcorps gerichtet, in welcher sie die Großmacht ersuchen, alle notwendigen Maßregeln zu treffen, um der jetzigen Anarchie, die für den Handel so verhängnisvoll sei, ein Ende zu machen.

Hd. Washington, 18. Oktober. Der chinesische Gesandte unterbreitete gestern McKinley die Uebersetzung eines Telegramms welches der Kaiser von China an McKinley gerichtet hat. Das Telegramm, welchem hier großer Wert beigelegt wird, soll angeblich eine Billigung der von McKinley in China eingeschlagenen Politik seitens des Kaisers enthalten. Die Republikaner verwenden dieses Telegramm zu Gunsten der Wahl ihres Kandidaten. McKinley bereitet eine Antwort auf das Telegramm vor.

Zum Kriege in Südafrika.

Hd. London, 18. Oktober. Aus Lourenco Marques wird gemeldet: 8 mit englischen Soldaten besetzte Züge sind von Komatipoort nach Pretoria abgegangen. 1500 Soldaten sind zur Ueberwachung der Grenze in Komatipoort zurückgelassen. Man ist augenblicklich mit dem Bau der für diese Zwecke notwendigen Kasernen beschäftigt.

Privat-Telegramme der Volksstimme.

Hd. Calais, 18. Oktober. Auf dem Dampfer „Delphin“ sollen sich mehrere Pestkranke befinden. (Siehe Kl. Chronik.)

Hd. Paris, 18. Oktober. Aus Bangkok wird gemeldet, die jüngsten Unruhen im Yangtsethal seien von den Engländern unterstützt worden. Die Führer der Aufständigen befanden sich im Besitz von Scheinen, welche ihnen freie Fahrt auf den englischen Dampfern auf dem Fluße gestatteten. Die Engländer zogen ihre Unterstützung zurück, als die Unruhen einen größeren Umfang annahmen.

Hd. Paris, 18. Oktober. Die Blätter führen den Wechsel im Reichskanzleramt auf den Wunsch des Kaisers zurück, der in der jetzigen, kritischen Zeit für die innere und äußere Politik einer jüngeren Kraft benötigte.

Hd. Paris, 18. Oktober. Der Kriegsminister ordnete in einem Erlaß an, daß alle Blätter, auch die nationalistischen, in den Militärschulen wieder zugelassen werden.

Hd. Paris, 18. Oktober. Der Kriegsminister und der Marineminister sind gestern in Tunis eingetroffen.

Waschservice, stammend billig.

Breiteweg 30a

Magazin

Neustadt

Louisenstraße-Ecke

Wirtschafts-Artikel.

Messerkörbe, jede Ausführung **von 25 Pf. an.**

Küchenbretter **13, 17, 20, 28 bis 90 Pf.**

Waschbrett, mit guter Zinkeinlage **nur 50 Pf.**

Zuggardineneinrichtung, komplett **45 Pf.**

Kaffee- und Theesiebe **6, 8, 10, 24 Pf.**

Bürsten- und Besenwaren.

Handfeger, reine Borsten **35, 48, 50 Pf.**

Staubbesen „ **48, 50, 78 Pf.**

Tülbürsten „ **8 bis 10 Pf.**

Auftragbürsten **7, 9, 10 Pf.**

Waschbürsten **8 Pf.**

Neu eingetroffen: Ein Waggon Emaille — Fabrikat Thale.

Schmortöpfe von 25 Pf. an.	Kaffeetischer 8, 10, 12, 18 Pf.	Emaille-Esslöffel 8 Pf.
Waschtöpfe von 140 Pf. an.	Milchkocher nur 65 Pf.	Schüsseln, weiss-weiss.
Waschbecken von 50 Pf. an.	Mehrschaufeln, alle Grössen.	Nachtgeschirre von 30 Pf. an.
Henktöpfe, besonders billig.		Speiseteller, in diversen Grössen.
Eimer von 68 Pf. an.	Teigschüsseln, besonders schön.	Kaffekannen von 38 Pf. an.

Rohlenstein, ff. Dekoriert. Wichtigste, reizend.

Mundweisse 17 Pf.

Kücheneisen 9 Pf.

Grösste
Coulanz.

Princip:
Solid.

Streng
feste Preise.

Ehrenfried Finke

125 Breitweg 126 Magdeburg 125 Breitweg 126

Grösstes Spezialgeschäft * Billigste Bezugsquelle
für elegante

Herren- und Knaben-Bekleidung.

Fabrikation von Arbeitsgarderobe.

Meiner werten Kundschaft, sowie einem geehrten hiesigen wie auswärtigen Publikum erlaube ich mir die ergebene Mitteilung zu machen, daß mein Lager für die bevorstehende

Winter-Saison

in allen Abteilungen mit Neuheiten der Saison vollständig komplett ist.

Wie ich es mir seit dem Bestehen meines Geschäftes habe angelegen sein lassen, **möglichst reelle**, gut gearbeitete und durch eleganten Sitz sich ganz besonders auszeichnende Garderobe zu führen, so habe ich auch zu dieser Saison Sorge getragen, mein Lager mit besten, der neuesten Mode entsprechenden Waren zu versehen, so daß ich in Bezug auf Auswahl, bei größter Billigkeit, selbst dem verwöhntesten Geschmack Rechnung zu tragen in der Lage bin. —

Mein Grundsatz ist nach wie vor: **Die besten Qualitäten aus den ersten Bezugsquellen zu den denkbar billigsten Preisen zum Verkauf zu bringen, für die Haltbarkeit derselben nach Möglichkeit die weitgehendste Garantie zu übernehmen und eventuell Ersatz zu leisten, falls solche der gegebenen Garantie nicht entsprechen.**

Vorstehenden Grundsätzen getreu, sowie dem von mir eingeführten Prinzip der „festen Preise“, wodurch ein jeder vor Uebervorteilung geschützt, verdanke ich den großen Aufschwung, den mein Geschäft genommen, und werde ich stets bemüht bleiben, durch **coulanz, aufmerksame und reelle Bedienung** meinen Kundenkreis zu vergrößern.

Für Massbestellungen

halte ich stets die elegantesten Stoffe in reichhaltiger Auswahl am Lager. Die Aufertigung geschieht unter Leitung eines tüchtigen Zuschneiders und übernehme ich für elegante Ausführung und guten Sitz volle Garantie.

Haben Sie irgend welchen Bedarf in Herren-, Knaben- und Arbeits-Garderoben, so lassen Sie sich durch keine noch so verlockenden Angebote irreführen, sondern fragen Sie Freunde und Bekannte und jeder wird Ihnen aufs beste empfehlen die Firma

Ehrenfried Finke

125 Breitweg 126 Magdeburg 125 Breitweg 126

Filiale:

Burg bei Magdeburg, Jacobistrasse 2.

Kein
Uerschlagen.

Princip:
Billig & gut.

Kein
Handeln.

Hüte

Mützen

Schirme

Kein
Kaufzwang.

Archerdhemden

Normalhemden

Normalhosen

Arbeits-Hosen

Arbeits-Jacken

Arbeits-Blusen

Besichtigung
gern gestattet.

Maler Kitt

Conditoren-Jacken

Fleischer-Jacken

Vertuschungssystem.

Die bürgerliche Presse Magdeburgs, so haben wir schon oft festgestellt können, ist so ziemlich die korrupteste und gefühnlosste Presse, die man aufzutreiben vermag. Das will bei dem moralischen Tiefstand unserer bürgerlichen Presse viel sagen, wahr ist es aber trotzdem. Die hiesigen Zeitungen befolgen gegenüber allen Vorgängen, welche die Arbeiterbewegung am Orie und ihre Presse betreffen, ein feiges Vertuschungssystem. Niemals erwähnen sie hiesige Vorgänge, welche in der gesamten Presse Deutschlands besprochen werden, in ihren Spalten auch nur mit einer Silbe. So auch jetzt wieder bei der Beurteilung des Genossen Haupt „wegen wahrscheinlicher Majestätsbeleidigung“. In der gesamten Presse Deutschlands wird das Urteil besprochen, oder mindestens ein ausführlicher Gerichtsbericht wiedergegeben. Die hiesige Presse aber erwähnt die Beurteilung in ihrem Gerichtsbericht und ließ es dann bei diesen vier Zeilen bewenden.

Das, was die auswärtigen Zeitungen veranlaßte, zu dem Urteil Stellung zu nehmen, die Art, wie die sogenannte Majestätsbeleidigung vom Staatsanwalt begründet wurde, der Umstand, daß andere Zeitungen, welche ebenfalls die Wize abdruckten, straflos blieben und ferner die Thatsache, daß in dem Wize, welcher angeblich die Majestätsbeleidigung enthalten sollte, gar keine Rede vom deutschen Kaiser ist, wird absichtlich von der hiesigen bürgerlichen Presse deren Lesern unterschlagen.

Es liegt klar zu Tage, weshalb diese Sorte von Preßerzeugnissen diese schädliche Vertuschungspolitik treibt. Es ist niedriger Konkurrenzneid bei den einen, parteipolitische Verblendung bei den anderen, welche sie zur Verletzung der elementarsten Pflicht der Presse: der unparteiischen Berichterstattung über Vorkommnisse, welche von solcher Bedeutung zur Beurteilung wichtiger Fragen sind, veranlaßt.

Eine solche Presse verdient es nicht, daß ihr seitens der Arbeiter, gegen welche sich das Vertuschungssystem richtet, auch die geringste Unterstützung zu teil wird. Mögen daher die Arbeiter alles anstreben, um dieser gemeinlichlichen Fälschung der öffentlichen Meinung, dieser gewohnheitsmäßigen Verschweigungspolitik das Handwerk zu legen durch Verdrängung der bürgerlichen Presse aus den Wohnungen der Arbeiter. **Hinaus mit den Central- und Generalanzeigern und hinein mit dem Organ des arbeitenden Volkes, das ist das einzige Mittel, um diese schädliche Kampfesweise unmöglich zu machen.**

Aus der Parteibewegung.

Eine gruselige Geschichte! In Düsseldorf wohnte seit Jahren ein biederer Posamentierer, 24 Jahre alt, Sozialdemokrat und aus Wien gebürtig. Strohschneider ist sein Name. Der Mann hat die Gewohnheit, aus seinem Herzen keine Würdegrube zu machen, plaudert also frisch drauf los, daß er ein Noter sei. Wodurch die folgende Geschichte entstand, das entzieht sich unserer Kenntnis, Thatsache ist nur, daß ihm die Polizei seit einiger Zeit auf den Fersen saß. Am letzten Sonntagabend kam nun plötzlich die Polizei auf die Arbeitsstätte des Arbeiters und verhaftete ihn. Der Polizist soll dies wie folgt begründet haben: Der Arbeiter sei von Wien aus denunziert worden, er habe ein Attentat vor, müsse darum dingfest gemacht werden und werde nun wohl als „lästig“ über die Grenze überführt werden. Bis zur Stunde sieht der Mann noch fest, ob man ihn festhalten will, bis der Kaiserbesuch in Elberfeld möglicherweise zum zweitenmal aufgeschoben wird? Jedenfalls ist die ganze Geschichte in den Augen der Polizei äußerst gruselig, der Attentäter in spe behauptet, er sei unschuldig.

Unmittelbar nach dem Mainzer Parteitags-Protokoll, das jetzt auch gebunden zum Preise von 75 Pfg. vorliegt, hat die Buchhandlung Vorwärts auch das **Protokoll des Internationalen Sozialistenkongresses** zum Preise von 20 Pfennig erscheinen lassen. Um ein zusammenfassendes und dabei doch getreues Bild der Verhandlungen zu gewinnen, sind die Originalberichte des Vorwärts nach den ausführlichen Berichten der französischen Partei-Organen ergänzt worden, so daß der Zweck der Herausgabe des Protokolls erreicht sein dürfte: für die Agitation und Propaganda unter den deutschen Arbeitern die Verhandlungen und Beschlüsse des internationalen Arbeiterparlamentes diesen möglichst rasch und zu billigem Preise zur allgemeinen Kenntnis zu bringen.

Genossin Rosa Luxemburg wurde am Montagabend von einer in Berlin stattgefundenen Versammlung polnischer Sozialisten aus der polnisch-sozialistischen Partei wegen ihrer Abden über die polnische Frage in Mainz und Paris ausgeschlossen. Sonderlich aufregen dürfte sich Frau Dr. Rosa Luxemburg über diesen Beschluß nicht.

Zum Sekretär der Internationale wurde der Brüsseler Genosse Viktor Servus gewählt, dem ein hervorragendes Organisationstalent nachgerühmt wird.

Polizeistunde und Vereinsgesetz.

Eine prinzipiell wichtige Entscheidung fällt am Mittwoch in einer Strafsache gegen den Genossen Pokorny das Magdeburger Landgericht. Der Anklage lag folgender Thatbestand zu Grunde.

Am 24. Mai d. J. fand im Wiesenerschen Lokale zu Staßfurt eine Volksversammlung statt, in welcher Frau Zieg aus Hamburg referierte. Wegen elf Uhr machte die Mednerin darauf aufmerksam, daß sie leider durch das Eintreten der Polizeistunde an weiteren Ausführungen verhindert sei. Darauf erbat Genosse Pokorny, welcher der Versammlung bewohnte, das Wort zur Geschäftsordnung und protestierte gegen die Maßnahmen der Staßfurter Polizeibehörde. Er rühnte aus, daß die Polizeistunde sich nur auf die Ausübung des Schankbetriebes bezieht, nicht aber auf die Dauer der Versammlung. Hätten die Beamten, so er-

klärte der Angeklagte bei seiner Vernehmung, die Versammlung aufgelöst, dann wären die Versammlungsbesucher selbstverständlich ruhig nach Hause gegangen. Durch seine Ausführungen in der Versammlung soll nun Genosse Pokorny gegen den § 110 des Strafgesetzbuches verstoßen haben.

Die beiden überwachenden Beamten, Sergeant Wagner und Wachtmeister Bremer, schildern, als Zeugen vernommen, den Sachverhalt übereinstimmend anders. Danach sei der Angeklagte, nachdem Frau Zieg auf den nahen Schluß der Versammlung aufmerksam gemacht hatte, aufgesprungen und habe zum Publikum gewendet, gesagt: „Das lassen wir uns nicht gefallen, wir bleiben hier.“ Darauf sei mehrfach Bravo gerufen worden. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft hält eine Aufforderung zum Ungehörigen gegen bestehende Befehle seitens des Angeklagten für erwiesen und beantragt auf Grund des § 110 des Str.-G.-B. in Anbetracht der vieler Vorstrafen 1 Monat Gefängnis.

Der Verteidiger, Herr Rechtsanwalt Landsberg, plaidierte für Freisprechung. Der § 110 könne gar nicht in Betracht kommen, da die überwachenden Beamten nicht als selbständige Behörden, sondern nur im Auftrag der Staßfurter Polizeibehörden gehandelt hätten. Der § 110 des Strafgesetzbuches verstehe aber unter Obrigkeit eine Behörde, die in gewissem Umfange eine selbständige Regierungsgewalt ausübt. Der Polizeibeamte sei der Untergebene des Chefs der Polizeiverwaltung gewesen und sei nicht befugt, selbständige Anordnungen zu erlassen. Die Anordnungen der Polizei genössen nur dann den Schutz, wenn sie von der Behörde innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassen seien. Die Polizei sei auf Grund des Vereinsgesetzes nicht befugt gewesen, die Versammlung um 11 Uhr zu schließen. Das Vereinsgesetz treffe keine Bestimmung darüber, wie lange eine Versammlung zusammen bleiben dürfe. Eine Polizeistunde sei nicht vorgesehen und die Polizei sei daher nicht befugt, einem Vereine vorzuschreiben, bis zu welcher Stunde er zusammen bleiben dürfe. Der Angeklagte habe auch den subjektiven Grund, ob die Anordnung einer Obrigkeit in Frage komme, nicht erkannt. Der Gerichtshof schloß sich den Ausführungen des Verteidigers an und erkannte auf Freisprechung. Der § 110 des Strafgesetzbuches komme nur in Frage, wenn der Angeklagte öffentlich zum Ungehörigen gegen eine rechtmäßige Verordnung oder gegen eine Anordnung der Obrigkeit aufgefordert habe. Dies sei nicht der Fall. Die Festsetzung der Polizeistunde beziehe sich nur auf den Schankverkehr und nicht auf eine öffentliche Versammlung. Die Polizeiverordnung vom 13. März 1888 komme daher nicht in Betracht.

Magdeburger Angelegenheiten.

— **Bauarbeiterchutz.** Wie notwendig ein vermehrter Schutz der an Bauten beschäftigten Arbeiter ist, läßt sich zahlenmäßig nachweisen an den Berichten der Bau- und Gewerkschaften. Nach den Veröffentlichungen des Reichsversicherungsamtes, die jetzt bis zum Jahre 1898 vorliegen, stieg die Zahl der versicherten Personen von 1081160 im Jahre 1889 auf 1298369 im Jahre 1898. Die Zahl der versicherten Bauarbeiter stieg also um 214299 = 19,7 Prozent. Die Zahl der Unfälle stieg jedoch in derselben Zeit um 46,2 Prozent von 23236 im Jahre 1889 auf 45596 im Jahre 1898. Bei der Magdeburger Bauern- und Bauernvereinsgenossenschaft wurden 1889 866

Fenilleton.

Auferstehung.

Von Graf Leo N. Tolstoi.
(97. Fortsetzung.)

Als Katuscha in Tomsk der Abteilung der politischen Gefangenen zugewiesen wurde, sah sie ihn wieder, und obwohl sie nicht ein einziges Wort miteinander austauschten, lagte doch der Blick, den sie wechselten, klar und deutlich, wie hoch sie sich gegenseitig achteten. Auch später kam es nicht zu richtigen Unterhaltungen zwischen ihnen, doch Katuscha hatte die Empfindung, daß er seine Worte an sie richtete, wenn er ihr nahe war, daß er für sie nur sprach und sich stets bemühte, sich ihr so verständlich wie nur möglich zu machen. Seit der Zeit aber, da er mit den schweren Verborenen zu Fuß wanderte, begannen sie sich gegenseitig näher zu treten.

Drittes Kapitel.

Auf der Reise von Michni-Mowgorod war es Nechudoff nur zweimal gelungen, Katuscha zu sprechen. Das erste Mal war es in Michni-Mowgorod gewesen, als man die Gefangenen auf eine mit einem Drahtnetz überflocktete Barke brachte, das andere Mal in Perm im Bureau des Gefängnisses: doch beide Male hatte sie sich schweigsam und zurückhaltend benommen.

Als er sie gefragt, ob sie sich wohl befände und ob sie denn gar nichts brauchte, hatte sie ihm ausweichende, mürrische Antworten gegeben und ihm dasselbe vorwurfsvolle und brünnliche Wesen gezeigt, das er schon früher einmal an ihr wahrgenommen hatte.

Nechudoff bereitete diese ihre mürrische Stimmung, die ihren Grund einzig und allein in den zudringlichen Verlästigungen von Seiten der Männer hatte, unter denen sie gerade damals zu leiden gehabt, große Sorgen. Er hegte die Befürchtung, sie könnte unter der Einwirkung dieser Verlästigungen und dieser entsetzlichen Zustände, denen sie während der ganzen Wanderung ausgesetzt war, wieder

aufs neue in den vorigen Zustand der Verzweiflung und Vereinsamung zurückfallen, in welchem sie auf ihn im höchsten Grade erbittert gewesen, viel geraucht und im Branntwein Vergessenheit und Betäubung gesucht hatte.

Er hatte aber keine Ahnung, wie er ihr hilfreich zur Seite stehen konnte, denn während des ganzen ersten Teiles des Marsches war es ihm nicht möglich gewesen, mit ihr zusammenzukommen, und erst, als man sie der Abteilung der politischen Gefangenen zugewiesen hatte, konnte er sich nicht nur davon überzeugen, daß seine Verächtungen vollständig unbegründet waren, nein, er machte auch sogar die Wahrnehmung, daß sich immer mehr und mehr jene Wandlung in ihr vollzog, die er so sehnsüchtig erhofft und erlöst hatte.

Schon als er sie das erste Mal in Tomsk wieder sah, war sie genau ebenso wie am Tage der Abreise. Ihr Gesicht war nicht mürrisch und finster, wenn sie die Blicke auf ihn richtete, sondern sie trat ihm, ganz im Gegenteil, fröhlich und harmlos entgegen und sprach ihm ihren Dank dafür dankbar, daß er sie den Leuten zugeführt, unter denen sie aus, was er für sie gethan, besonders aber war sie ihm dafür jetzt sehr aufhellig.

Nach ferneren zwei Monaten der Wanderung machte sich die Veränderung, die in ihr vorging, auch in ihrer äußeren Erscheinung bemerkbar. Sie magerte ab, ihr Gesicht wurde formenverbrannt, und sie machte den Eindruck, als wäre sie etwas gealtert. An den Schläfen und in den Mundwinkeln traten kleine Falten hervor, sie ließ die Haare nicht mehr in die Seiten hineinfallen, sondern trug ein Tuch um den Kopf; auch war weder in ihrer Kleidung, noch in ihrer Gestalt oder in ihren Manieren die früher so stark hervortretende Koketterie zu entdecken. Diese Umwandlung aber, die sich in ihr vollzog und sich jetzt noch in ihr vollzog, erfüllte Nechudoff mit hoher Freude.

Er hegte jetzt ein Gefühl für sie, wie er es ihr gegenüber bisher nie empfunden hatte. Dieses Gefühl hatte keinerlei Gemeinschaft mit seinen ersten poetischen Tändeleien und noch weniger mit der geschlechtlichen Liebe, die er

väter kennen gelernt; ebensowenig hatte es mit dem Bewußtsein der Pflückerfühlung und dem Wohlgefallen mit sich selbst, als er sich nach der Gerichtsverhandlung zu dem Entschlusse aufgerafft hatte, er müsse sie heiraten, etwas zu thun.

Das Gefühl, das er jetzt empfand, war dasselbe einjährige Gefühl der Nüchternheit und des Mitleids, das er zuerst kennen gelernt, als er sie im Gefängnis wiedergesehen hatte, das sich mit erneuter Gewalt nach der Scene im Hospiz wiederholt hatte, wo er seinen Abscheu bezeugt und ihr das angebliche Verhältnis mit dem Krankenwärter beigegeben hatte, das sich später als erlogen herausstellte.

Dasselbe Gefühl empfand er auch jetzt, doch mit dem Unterschied: früher war es nur oberflächlich, vorübergehend gewesen, jetzt aber hatte es sich dauernd gefestigt. Was er auch denken, was er auch thun mochte, stets bekam jenes Gefühl der Nüchternheit, des Mitleids und der Zärtlichkeit die Oberhand, das er nicht allein für sie, sondern für alle Menschen empfand.

Es war gleichsam, als hätte diese Anschauungsweise in Nechudoffs Seele einen Strom von Liebe durchgang gewährt, der sich früher nicht hatte ergießen können, der jetzt aber auf alle Menschen herabrannte, mit denen er in Berührung kam.

Auf der ganzen Reise lebte Nechudoff in diesem Zustand der Ekstase, die ihn unbewußt gegen alle Menschen, mit denen er zusammenkam, vom Russen und gemeinen Soldaten bis zum Gefängnisinspektor und Gouverneur heraus, teilnahmsvoll und mitfühlend werden ließ.

Dadurch, daß man Katuscha der Abteilung der Politischen zugewiesen hatte, machte Nechudoff auch die Bekanntschaft vieler politischer Verborenen. Ganz zuerst in Zlateninenburg, wo man alle ganz karlos zusammen in einer großen Stube eingesperrt hatte; dann machte er die nähere Bekanntschaft der fünf Männer und vier Frauen, denen man Katuscha überwiesen hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Unfälle, 1804 1008 Unfälle und 1898 1624 Unfälle angemeldet. Auf je 1000 versicherte Personen entfielen bei der Magdeburgischen Bauernversicherungsgesellschaft 1889 8,89 Unfälle, 1898 23,56 Unfälle. Das ist die stärkste Unfallsteigerung unter sämtlichen Bauernversicherungsgesellschaften. Allerdings ist diese prozentuale Steigerung bei der Magdeburgischen Bauernversicherungsgesellschaft teilweise darauf zurückzuführen, daß diese jahrelang die Zahl der bei ihr versicherten Personen künstlich mehr als doppelt so hoch angab, als sie tatsächlich war. Erst eine vom Reichsversicherungsamt angeordnete Untersuchung deckte diese Manipulation auf und sorgte dafür, daß vom Jahre 1898 an die richtige Zahl der Versicherten angegeben wurde. Was die Bauernversicherungsgesellschaften für die Verhütung von Unfällen thun, lehrt die erschreckende Steigerung der Unfallziffer, das lehrt auch der weitere Umstand, daß z. B. die Magdeburgische Bauernversicherungsgesellschaft jahrelang keinen Pfennig für Ueberwachung der Betriebe ausgegeben hat. So lange in den Bauernversicherungsgesellschaften das Unternehmertum in selbstherrlicher Weise dominiert, wird es auch wohl bei den jetzigen Zuständen bleiben. Umso mehr müssen die städtischen Polizeiverwaltungen durch Erlass geeigneter Polizeiverordnungen für größeren Bauarbeiterschutz sorgen. Wenn diese allerdings so viel Rücksicht auf die Unternehmer verraten wie die vom Magdeburger Magistrat erlassene, dann ist den Bauarbeitern auch hiermit nicht gedient.

— Ausnahmetage vom 9 Uhr-Ladenschluß. Das königl. Polizei-Präsidium zu Magdeburg, als die für den Erlass von Ausnahmetagen im Sinne des § 139 der Gewerbeordnung für Magdeburg zuständige Behörde, hat die hiesige Handelskammer ersucht, für die Festsetzung der Tage und Abende mit erweiterter Geschäftszeit unter eingehender Begründung Vorschläge zu machen. Zu diesem Behufe hat die Handelskammer dieser Tage ein Rundschreiben an alle Inhaber von offenen Verkaufsstellen in Magdeburg gerichtet, in welchem, unter nochmaliger Bezugnahme auf die einschlägigen Paragraphen, die Inhaber der offenen Verkaufsstellen ersucht werden, in einer beigegebenen Anlage diejenigen Tage zu verzeichnen, die für den betreffenden Geschäftszweig als die günstigsten angesehen werden können, um Ausnahmen von der gesetzlichen Mindestzeit für die Handlungsgeschäfte und Ausnahmen von den gesetzlichen Ladenschlüssen stattfinden zu lassen. Die Bestimmungen über die gesetzliche Mindestzeit können nach § 139 der Gewerbeordnung jährlich an höchstens 30 von der Ortspolizeibehörde allgemein oder für einzelne Geschäftszweige zu bestimmenden Tagen außer Kraft gesetzt werden. Die Ausnahmen von dem gesetzlichen 9 Uhr-Ladenschluß dürfen für den Geschäftsverkehr an höchstens 30 von der Ortspolizeibehörde zu bestimmenden Tagen gestattet werden. Hierbei ist zu bemerken, daß in beiden Fällen nicht die volle Anzahl der Tage angegeben werden darf, sondern ein Teil dieser Tage für unvorzuziehende Fälle aufgespart werden muß. Um den Kaufleuten die Beantwortung des Fragebogens zu erleichtern, haben zwei Kaufleute eine ganze Anzahl von Tagen aufgeführt, an denen event. die Ausnahmetagebestimmungen Platz greifen können. Goffen wir im Interesse der Handelsangelegenheiten, daß die Geschäftsinhaber nicht allzu reichlichen Gebrauch von den ihnen gesetzlich zustehenden Ausnahmen machen werden.

— Der General-Anzeiger, dessen „besonderer Stolz“ es ist, seit langen Jahren das „gelesenste Blatt der Provinz“ zu sein, beschließt sich in seiner letzten Nummer mit dem Sozialismus vor 100 Jahren. In Gewand tiefgründiger historischer Gelehrsamkeit werden da allerhand Gemeinplätze breit getrieben und allerlei Mistral verzapft. U. a. erzählt das Blatt, daß in damaliger Zeit sich „nirgends Anzeichen für die sozialistische Propaganda der That“ — die es damals nicht gegeben hat und auch heute nicht gibt — „dann wird festgestellt, daß die Stein- und Eisenindustrie auf den Sozialismus zurückzuführen ist und schließlich ein Schauerergänze von Baden entrollt, der „sich einen Bannspruch schlimmer Sorte vorstellte mit Vernichtung alles Wissens und die Menschheit auf einen tiefen Kulturzustand zurückdrängen wollte.“ Ein Simon wird als „einwas verkniffener“ bezeichnet und schließlich kesseltief konstatiert, daß es eine sozialistische Gelehrsamkeit damals natürlich noch nicht gab. — Das „gelesenste Blatt der Provinz“ würde gut daran thun, sich auf die Verhüllung seiner bekannten Vorurteile, der Recensionen über Guffay's Buch und das Inzeratwesen zu beschränken. Wenn es vom Sozialismus schreibt, blamiert es sich, dieneil es davon nichts versteht. Was werden aber die zahlreichen Arbeiter sagen, die das Blatt noch immer durch Abonnement unterstützen, wenn ihnen ein solcher Kohl vorgelegt wird.

— Zur Agitation für die uferlose Flottenborlage hatten sich im vergangenen Jahre fünf Vereine, die Abteilung Magdeburg der deutschen Kolonialgesellschaft, der Wilddenteche Verband, der Deutsche Sprachverein, der Allgemeine Deutsche Schulverein und der Deutsche D

markenverein miteinander verbunden. Diese Verbindung soll auch, wie die Magdeburgische Zeitung berichtet, im kommenden Winter aufrecht erhalten bleiben. Als ihre Aufgabe werden es die Herren nun wohl betrachten, für das „größere Deutschland“ zu agitieren.

— Eine Revision der Altkatholischen Krankenanstalt fand am Mittwoch vormittag statt. An dieser nahmen teil Oberbürgermeister Schneider, Bürgermeister Fischer, Kreisphysikus Sanitätsrat Dr. Straßner, die Bezirksärzte Dr. Wulfschlag, Dr. Wulfschlag und Sanitätsrat Dr. Müller, der Krankenhausvorsteher Stadtverordneter Wülfschlag und die Oberinen der inneren und äußeren Abteilung. Die Besichtigung gab keine Veranlassung zu Anstellungen. Die Revision der Sündenburger Anstalt soll in nächster Woche vorgenommen werden, was sonderbarer Weise jetzt schon in den Zeitungen steht. Revisionen sollen doch, das ist im allgemeinen üblicher, wenn auch vielfach verletzter Grundsat, unverändert stattfinden, wenn sie Erfolg haben sollen. Hoffentlich findet demnächst auch einmal eine Revision des Kahlenberg-Stiftes statt.

— Vom Schlage getroffen. Am Mittwoch nachmittag 3 1/2 Uhr kam die Lehrerin Seiler, wohnhaft Annastraße 41, erschöpft in den Schuhwarenladen von H. in der Annastraße um sich auszurufen. Wühlisch fiel sie um, ein Herzschlag hatte ihrem Leben ein Ziel gesetzt. Der herbeigerufene Dr. W. konnte nur noch den Tod feststellen.

— Stadttheater. Freitag wird Mozarts „Don Juan“ zum erstenmal wiederholt. Die Aufführung unserer nächsten Passifantenvorstellung „Die Jungfrau von Orléans“ ist für Sonnabend, den 20. Oktober, angelegt.

— Circus Ziboff. Die Direktion kommt hiermit den Wünschen des Publikums nach und veranstaltet am Freitag 8 Uhr und Sonnabend 8 Uhr zwei große Vorstellungen zu vollständigem Eintrittspreis und zwar auf allen Plätzen halbe Preise. Folgt:loge 1,50 Mark, Speerlog 1,00 Mark, 1. Platz 75 Pfg., 2. Platz 50 Pfg., 3. Platz 25 Pfg. Hierzu tritt die übliche städtische Steuer von 5 Pfennig pro Willel. Das Programm ist garantiert ebenso reichhaltig und wertvoll als alle vorausgegangenen. Auftreten des gesamten Künstlerpersonals in den hervorragendsten Glanzleistungen; Direktor C. Ziboff's Meister-Dressuren; Auftreten der für Wien bereits neu engagierten Künstler; sämtliche Clowns und Auguste mit neuen Späßen; Ausführung der großen Wasserpantomime mit den schwimmenden und tauchenden Pferden. Am Mittwoch, den 24. Oktober, findet die unwiderstehliche letzte Vorstellung statt.

Provinz und Umgegend.

Burg. Vom städtischen Steuerwesen. Die Stadt Burg steht im Zeichen der Finanzalamität. Ein Schicksal, das sie allerdings mit vielen Gemeinden teilt. Schon für das Etatsjahr 1890/1900 konnte der Etat nur durch Heranziehung aller Reserven unter Verheißung des bisherigen Steuerjahres balanciert werden. Die nächsten Jahre werden deshalb einschneidende Maßregeln auf dem Gebiete des Steuerwesens der Stadt bringen. Auch hier haben die Arbeiter das denkbar größte Interesse, daß das Steuerwesen so geregelt wird, daß die Steuern daher genommen werden, wo sie hergenommen werden müssen, nämlich aus den Taschen der Besitzenden. Diesen einfachsten Weg wird man aber nur in der höchsten Not einschlagen. Man wird es vielmehr vorzuziehen, durch indirekte Steuern die nötigen Gelder zu erlangen. Zu den schon vorhandenen indirekten Steuern, wie Bier-, Verkaufsteuern, Umsatzsteuer usw. wird man noch weitere hinzuzufügen suchen, die die Masse der Konsumenten belasten. Dagegen gilt es Front zu machen. Die Arbeiterklasse ist schon durch die Steuererhöhung des Reiches in einer Weise durch indirekte Steuern belastet, daß ein mehr unerträglich würde. Wir verlangen an deren Stelle eine stärkere Heranziehung der reichen und wohlhabenden Gemeindeglieder. Die Besteuerung des Einkommens gestattet nicht, wie bei den indirekten Steuern, die Last auf andere abzuwälzen, und soll der Steuerzahler mit der Größe des Einkommens wachsen. Dagegen verlangen wir, daß Einkommen unter 600 Mark steuerfrei bleiben. Ein solches Einkommen ist zu gering, um davon noch Steuern zu zahlen. Arbeiter, wählt bei den Stadtverordnetenwahlen Männer, die da fordern: Die Gemeindesteuern sind auf direkte Steuern zu beschränken; Ausschluß jeder indirekten Verbrauchs- oder Kopfsteuer.

Halberstadt. Hier wurde der Maurer Wilhelm Ernst aus Westfal bei Mischersleben in abermaliger Verhandlung vor dem Schwurgericht von der Anklage des veruchten Mordes freigesprochen.

Hohenleben. Gemittlicher Straßenräuber. In einem Abende der vorigen Woche wurde ein 60-jähriger Mann in der Nähe des Friedhofs von einem Individuum niedergeworfen und seiner Burschenschaft von 6 Mark beraubt. Als der Beraubte sich wieder auferichtet hatte und anfuhr, daß er nun keinen Pfennig mehr hätte, um ein Glas Bier trinken zu können, kehrte der Räuber um, gab ihm 35 Pfennig wieder und verließ ihn auch sonst noch sein Gesicht und seine Kleider. Ein jugendlicher Cigarrenarbeiter wurde verhaftet, der den Mann an dem Abend ein Stück Weges begleitet hatte.

Hohennußeln. Bergarbeiterlos. Auf Grube „Freue“ bei Reinschen sind zwei Bergleute, der Häuer August Wilsdorf aus Hohennußeln und der Wagenschieber Arnold aus Rehsch, von hereinbrechenden Erds- und Sandmassen verdrückt und sofort getötet worden. Wilsdorf

hinterläßt sieben und Arnold vier unermöglichte Kinder; die Leiche des letztgenannten konnte nach angestrebter Arbeit gegen Abend geborgen werden.

Senba. Einen richtigen Vorkater, bei welchem er sich aktiv betätigte, veranlaßte ein Arbeiter bei seiner Hochzeit. Er betraufte sich und fing dann an, sämtliche erreichbaren Gegenstände zu zerbrechen, sich die brennende Lampe um und warf mit Tellern, Schüsseln usw. nach der Braut und den Gästen, die eilfertig die Flucht ergriffen, um vor dem ungalanten Bräutigam sicher zu sein. Die Braut lief selbst zur Polizei und ließ den Unhold festnehmen. Am Hochzeitsmorgen machte sie die Hochzeit noch rückgängig, so daß die Gäste, die sich am Nachmittag einstellten, mit laugen Gesichtern abziehen mußten.

Vom Harze. Civil-„Verforgung“. Das Berliner Tageblatt druckt im Sprechsaal folgendes Schreiben ab: Eine Mark Tagelohn. Schlenfingen, 6. Oktober.

Beziehende Redaktion! In der Nr. 39 der Watzungliste für Militärärzte, Seite 821, steht folgende vakante Stelle:

Verband (Harz), Königl. Hüttenamt. 3 Hilfsarbeiter, gute Handarbeit, unter Beherrschung der Rechenrechnung, Gewandtheit im Rechnen, Fähigkeit zur selbständigen Feststellung statistischer und ähnlicher Arbeiten nach Anweisung, auf 14 tägige Kündigung, Anfangslohn für den Arbeitstag je 1,00 Mark, kann bis 3,25 Mark steigen. Stelleninhaber haben außer den gesetzlichen, für den Arbeiter vorgeschriebenen Versicherungsanstalten — auch beim Lebensalter unter dreißig Jahren — dem Kaiserlichen Knappschaftsverein beizutreten; die für diese Klassen erforderlichen Beiträge werden ihnen von ihrem Lohn teilweise abgezogen; Anstellungskündigung von dem Bestehen einer Prüfung ab.

In derselben Liste sucht das königliche Hüttenamt unter denselben Bedingungen einen ersten Hilfsarbeiter. Gehalt, Lohn 1,25 Mark.

Ich frage nun einen denkenden Menschen, wie kann ein Familienvater nach Abzug der Kostenbeiträge mit 5,00 Mark per Woche auskommen? Man sollte bald meinen, der Decernent sei aus China herübergekommen.

Um eine Mark Tagelohn bei einer königlichen Behörde zu verdienen, gehört der Civilverforgungssache ein.

Die Schamreste steigt mir ins Gesicht, wenn man daran denkt, was einem treu gebienten Militär, nachdem er seine Schuldigkeit gethan hat und seine Gesundheit teilweise hingeopfert, von Staats wegen geboten wird.

Man sollte meinen, daß eher der Leiter des staatlichen Hüttenwerks Ursache hätte, schamvoll zu werden. Aber er ist wahrscheinlich nur ein Werkzeug der preussischen Sparpolitik. Thielens glorreiches Beispiel wirkt eben auf alle anderen Staatsbetriebe zurück — Miguel braucht Geld für seine teuren Agrarier. Die preussischen Staatsbetriebe entwickeln sich unter seiner Hut immer mehr zu Anstaltsbetrieben — im Sinne der Unternehmer. Sie geben kein böses Beispiel — nicht zu hohen Lohn, der den Privatbetrieben un bequem werden könnte.

Zwenkau. Noch ein Grubenunglück. Die Saalezeitung berichtet: Mehrere Arbeiter hatten in einem hiesigen Braunkohlenbergwerk hier mittels Aufzuges einen ca. 25 Centner schweren eisernen Pumpenteil emporzuwinden, wobei vier dieser Leute die an der Erdoberfläche angebrachte Winde bedienten. Auf bisher unerklärliche Weise entglitt den Leuten der Drehling aus den Händen, so daß der aufzuwindende Gegenstand mit Blitzesschnelle wieder herunter ging und die vier Arbeiter, besonders Lindner und Stabisch, von dem zurückstürzenden Drehling getroffen und mehr oder weniger schwer verletzt wurden.

Ueber sich

der abzuhaltenen Herbst-Kontrollversammlungen im Landwehrbezirk Burg für 1900.

Es haben sich alle im Bezirk Burg anwesenden, auch die außer Kontrolle gekommenen Mannschaften der nachfolgenden Kategorien aller Waffengattungen zu stellen:

1. Die Reservisten,
2. die zur Disposition der Truppenteile Verurlaubten,
3. die zur Disposition der Erlaßbehörden Entlassenen.

Für alle diese ergeht diese Aufforderung anstatt persönlichen Befehls.

Ferner stellen sich alle im Frühjahr 1888 eingetretene Mannschaften und die im Frühjahr 1890 eingetretene 4-jährig freiwilligen Kavalleristen, welche persönlichen Befehlsbeschl erhalten.

Meines Genilleton.

Das „sittliche“ Leipzig. Leipzig, in welchem aus Rücksicht auf die „Ernennung und Entlassung“ vor kurzem die Aufführung von „Lohengrin“ und „Die Meistersinger“ und jetzt wieder — Gerhart Hauptmanns Webern verboten wurde, ist eine sehr fromme, sehr reber Stadt. Leipzigs Jungfrauen sind sittamer als sonst Jungfrauen in Sachsen. Leipzigs Weiber sind frommer als sonst Weiber in ganz Deutschland, und die Leipziger Presse — ja, um ein Wort zu finden, das biederemännlicher wäre, als das Leipziger Tageblatt, müßte man schon bis ans Ende der Welt reisen. Nur daß ab und zu böse Dinge im Inzeratenteil der Leipziger mäßiglichen Presse geschehen. So haben die Leipziger Neuesten Nachrichten den Wunsch, daß sie dereinst so züchtig das deutliche Päderastentier gebracht haben, das in ein Inzeratentier hat durchschlüpfen lassen. Neuerdings macht ihnen aber die würdige Tante Tageblatt einige Konkurrenz. Lassen die Neuesten Nachrichten ihre Spalten den Inzeratenten der mann-männlichen Liebe, so kann der Inzeratenteil des Leipziger Tageblatts den Inzeratenten der weib-weiblichen oder sapphischen Liebe zur Verfügung gestellt werden, wie folgendes Inzerat beweist, das in der dritten Beilage der Nummer 222 des Leipziger Tageblatts vom Sonnabend 13. Oktober zu finden ist:

Sappho

sucht aufrichtige Freundin. Offerten unter

... an die Expedition dieses Blattes.

Ja, ja. Inzerate werden gut bezahlt, und wenn das Geld fließt, bezieht Tante Tagesblatt, daß es sich eigentlich die Aufnahme gestattet hat, darüber zu wachen, daß nicht etwa „ein Verstoß gegen die guten Sitten im allgemeinen“ geschieht.

Die unsichtbaren Weine. Es giebt Orte in der Großstadt, so sehr die Wiener Arbeiterzerg, wo sich die unglücklichsten armen Teufel mit ihrer ganzen Zammerlichkeit Herdengeweis geben, wo sie sich nicht fühlen und deshalb den ganzen Zauber ihrer Existenz nicht etwa zu verhehlen trachten. Dazu gehört das Schiedsgericht in der Laubengasse, bei dem jene Arbeiter zu thun haben. Die Wölfe — nicht allmählich wie die anderen — von ihrer Arbeit entfernt werden, weil sie einen Unfall erlitten haben, arbeitsunfähig werden. Jeden Tag kann man dort eine eierliche Anstellung von Wunden und von Krüppeln, von Wunden nach verstorbenen Arbeitern und von Einwirkungen, von Tauben und von Nervenleidern sehen. ... Worin weiß, es ist niemand zu verhehlen, wenn er abgesehen wird gegen diese Einzeln, wenn er nicht sehen will, weil er nicht immer sehen kann, Richter, Advokaten,

Gerichtsdienner und Reporter gewöhnen es sich an, durch dieses fürchterliche Wartezimmer rasch durchzugehen. ... Aber zuweilen liegt man doch so etwas wie einen Nippelsoß vom Schicksal, wird aufgedreht und sieht sich diese Schicksale an, hört ihnen zu, statt rasch vorbeizugehen. ... In dieser Woche ging ich durch das Wartezimmer, da sah ich einen jähren, kräftigen Mann im Dunkel in einer Ecke sitzen. Er hatte keine Weine. Aber sein Begleiter, ein älterer Herr im schwarzen Salonrod, flüsterte mir zu: „Er glaubt, daß er seine Füße noch hat.“ ... Ich ging vorüber, so rasch als möglich, zog mein Notizbuch heraus, nahm bei meinem Bericht-erwartend Platz und schrieb. Nach einer Stunde wurde der Mann herbeigeführt. Er war ein Nordbahnmagazinarbeiter, dem eine Lokomotive über beide Füße gefahren war. Oberhalb des Knies mußten beide Füße amputiert werden. Der Vorjüngling Graf Montecoccoli verlas die Akte. Der Mann verlangte eine Erhöhung seiner Unfallrente, weil ihm etwas Herzgeres passiert sei als bloß der Verlust beider Weine. Er könne nachts nicht schlafen, liege mit offenen Augen da. Pflöglich spüre er ein Krabbeln in den Weinen, ein Ziehen — in den Weinen, Zucken und Reizen in den Weinen! ... Alle Anwesenden sahen den Kläger an wie einen, der während eines fürchterlichen Unfalles offenbar irrationell geworden war. Aber da erhob sich der Sachverständige und erklärte: Der Kläger übertriebt nicht und lügt nicht. Die Amputationen sind nicht gut verheilt, die Nerven liegen bloß. Infolgedessen werden die Nerven fortwährend gereizt. Er bekommt fortwährend Nachrichten von diesen empfindlichen Nerven, die ebenso sind wie die Nachrichten, die er vom gefunden lebenden Fuß bekommt. Er spürt ein Krabbeln, Ziehen, Reizen wie an den lebenden Weinen. Das Gericht gab dem Mann eine erhöhte Rente. Als er den Verhandlungssaal verließ, nicht er lebte, wie wenn ihm das Gericht bestritten hätte, daß er seine verlorenen Weine doch noch habe, denn er fühlte sie ja nachts, wenn er mit offenen Augen liegt und wacht. ...

Ein sterbendes Volk. Der englische Verwalter in den südlichen Schanstaaten, einem Teile der britischen Besitzungen in Hinter-Indien, hat an seine Regierung einen Bericht erstattet, der einige merkwürdige Angaben über den Volksstamm der Nuten Staaten enthält. Dieser Stamm, dessen Heimatsbezirk sich auf den Nuten unter der Bezeichnung Nuten findet, ist jetzt anscheinend im Aussterben begriffen. Das wäre nicht besonders, denn die Nuten teilen das Schicksal der einzelnen Menschen, und schon während der kurzen Spanne der geschichtlichen Zeit sind viele eigenartige Stämme beinahe spurlos zu Grunde gegangen. Das Eigenartige an dem Geschick der Nuten Staaten ist die auffallende Umwandlung, die in den letzten Jahren mit ihnen vorgegangen zu sein scheint. Früher waren sie ein gefürchtetes Räubervolk, deren

Nachbarn niemals davor sicher waren, mit Weib und Kind in die Gefangenschaft geschleppt und als Sklaven verkauft zu werden. Das ist nun anders geworden, anscheinend durch den Einfluß eines höchst einseitigen Hauptlings, der das Volk in vorzüglicher Weise regierte und das Land durch Anlage von Straßen und durch die Einwanderung anderer Völker zu bebauen suchte. Handel und Industrie haben mehr Eingang gefunden als früher, und man sollte nun meinen, daß auch das Volk unter dieser friedlichen Entwicklung gut gedeihen wäre. Aber gerade das Gegenteil ist der Fall gewesen. Die Volkszahl der Nuten Staaten hat in einer fast beispiellosen Weise abgenommen, ohne daß greifbare Gründe dafür zu finden wären. Als der englische Verwalter vor 25 Jahren zuerst das Land besuchte, waren viele Ebenen dem Ackerbau dienbar gemacht, und auch im Jahre 1858 hatte die Bodenkultur noch eine beträchtliche Ausdehnung. Im vorigen Jahre dagegen fand er an Stelle der Felder ein unabweisbares Meer von Gras, ohne Haus und ohne eine Spur von Kultur. Auch das Volk war auf fallend verändert: es waren nicht mehr die Nuten Staaten, die stets zu Raubzügen und zur Plünderung aufgelegt waren, sondern ein Mißvolk von Nuten und anderen Stämmen, weit spärlicher an Zahl, aber ein ruhiges, fleißiges Geschlecht. Der Engländer hörte davon, daß die Erblichkeit in dem Gebiete seit Jahren ungewöhnlich hoch gewesen wäre, auch sprach man von einer zahlreichen Einwanderung in die umgebenden Länder, aber einen wesentlichen Grund für den Niedergang der Bevölkerung vermochte man nicht anzugeben. Die Veränderung, die mit dem Volke selbst in so kurzer Zeit vor sich gegangen ist, beschrieb der Gewährsmann folgendermaßen: „Aus einem drohenden Gauken von Halbwildern, die alle bis an die Zähne mit Flinten und Speeren bewaffnet gingen, sind sie zu einem friedlichen, weichen und in seltenen Fällen tragenden Volke geworden. Ich sah während der ganzen Zeit durch ihre Staaten kaum eine Flinte oder einen Speer, und früher hin ich doch Hunderten von Leuten begegnet, die mich umringelten und mein Lager umschlichen, und keiner von ihnen trug weniger als drei Speere, und die meisten auch eine Flinte. Während sie früher von der Unzufriedenheit ihrer Nachbarn lebten, sind sie jetzt bloße Ackerbauer, die nicht mehr ränderliche Geflüchte zeigen als andere Stämme der Gegend. Ihre Umwandlung ist so vollständig und so plöcklich, daß das Volk jetzt eher einen bedauernden Eindruck hinterläßt.“ Dabei haben sie über nichts zu klagen; Mühen sind nicht vorgekommen, Nahrung ist reichlich vorhanden, die Besteuerung gering, eine Belästigung durch Feinde ausgeschlossen, und so bleibt zur Erklärung des Niederganges der Nuten Staaten nur die Annahme übrig, daß sie das ruhige, sorglose und gleichförmige Leben, das seit einem Vierteljahrhundert in ihrem Lande herrscht, nicht zu ertragen vermögen.

Die Militärpapiere sind mitzubringen.

Vertisch, Freitag, den 2. November 1900, vorm. 9 Uhr, bisheriger Kontrollplatz. Drischaffen: Biederitz mit...

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Von einem Generalstreik der Buchbinder, der demnachst für Chemnitz in Aussicht stünde, haben wir kürzlich nach bürgerlichen Blättern berichtet.

Die christlichen Gewerkschaften haben als Antwort auf den Erlaß des Erzbischofs von Freiburg und das...

Diesen Ausführungen gegenüber betonen wir als Vertreter des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter...

Der Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Frankfurt hat über diese prinzipielle Frage keine Beschlüsse gefaßt.

Die katholischen Mitglieder des Centralverbandes des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter...

Zugleich mit dieser Erklärung erhält die königliche Volkszeitung folgende Mitteilung: „Wenn hier nur die katholischen Mitglieder des Vorstandes unterzeichneten, geschah es deshalb, weil die evangelischen Mitglieder bei ähnlicher Gelegenheit allein eine Erklärung gegen die Gründung eines evangelischen Bergarbeiterverbandes im vergangenen Jahre abgaben.“

Sehr mutig klingt die Erklärung nicht, aber das Festhalten an dem Grundsatz der wirtschaftlichen Interessengruppen der Arbeiter klingt doch durch.

Bemischte Nachrichten.

Graf Zeppelin's Luftschiff flog am Mittwoch um 4 1/2 Uhr nachmittags auf. Nach den vorstehenden Nachrichten sollen die Manöver gelungen sein.

Incident aus der Religionskammer. Wir berichten unter dieser Stichmarke über eine antisemitische Äußerung eines Hilfsgeistlichen namens Wirth beim Religions-

unterricht in einer Gemeindefchule in Nürnberg. Jetzt wird berichtet, daß gegen Wirth anlässlich dieser Äußerung eine Disziplinaruntersuchung eingeleitet wurde.

Ein von der Justiz Bergessener. Karl Schirmann, einem Gefangenen in Plöhensee, der 1870 vor Mey wegen Freigabe vor dem Feinde und thätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten zum Tode verurteilt, aber von Kaiser Wilhelm I. zu lebenslänglicher Festungshaft begnadigt worden war, ist jetzt vom Kaiser der Rest der Strafe erlassen worden.

Von seiner langen Strafe hat Schirmann allerdings, wie der Berliner Lokalanzeiger berichtet, nur wenige Jahre verbüßt. Die Justiz hatte ihn vergessen. Er hat sich lange Jahre seiner Freiheit erfreut, hier in seiner Vaterstadt gelebt und geheiratet und häufig in dem Gefängnisse zu Plöhensee gewohnt, ohne daß man dort wußte, daß man einen „Lebenslänglichen“ beherberge.

Kleine Chronik.

Zum Selbstmord des Dr. Cordes'schen Ehepaares in München schreibt die Münchener Allgemeine Zeitung, es sei jeder Zweifel an einem Selbstmord absolut ausgeschlossen, wie die hinterlassenen Briefe des Herrn Dr. Cordes an ihm nächststehende Personen darthun.

In H ö r b e durchschneidet der Arbeiter Regierkoffi zweien seiner Kinder den Hals, eins davon war sofort tot. Der Thäter ist anscheinend geistig gestört.

Der königlichen Volkszeitung wird aus M u h r o r t gemeldet, daß der Personenzug Oberhausen - Ruhrtal auf der Station Weidertich auf den Personenzug Mülheim - Ruhrtal angefahren sei. Ein Bremser sei getödtet, sechs Personen verletzt worden.

Aus dem badi'schen Unterlande und aus württembergischen Orten werden kurze Erdrerschütterungen, verbunden mit sturmähnlichem Getöse, gemeldet. Die Bevölkerung befindet sich hierüber in größter Aufregung.

Ein Garnisonfriedhof in der Spatenhaide zu Berlin wurden zwei Dragoner in einer Leuchtgrube verhaftet. Einer von ihnen wurde ziemlich unverletzt, der andere dagegen tot aus der Grube herausgeholt.

Durch Vermögensverluste des Taxators wurde die städtische Leihanstalt in M. G l a d b a c h um 59 000 Mark geschädigt. Der Taxator gab minderwertige Goldstücke als echte aus; diese wurden dann zum Schaden der Anstalt entsprechend hoch belichen und niemals eingelöst.

Zwischen Basel und Lindern überfuhr der Personenzug Nr. 406 vier Nottenarbeiter. Drei blieben sofort tot, der vierte ist schwer verletzt.

Eine amtliche Mitteilung besagt, nach der bakteriologischen Untersuchung habe sich herausgestellt, daß es sich bei dem im Osten von London vorgekommenen Krankheitsfalle, dessen Symptome einige Ähnlichkeit mit der Pest zeigten, nicht um die Pest handle.

Auf dem Dampfer „Delphin“, der zwischen London und Calais fährt, wurde ein Pestfall konstatiert und eine Desinfektion des Schiffes vorgenommen; das Gleiche soll mit anderen Fahrzeugen und Waren geschehen, welche von London kommen.

In G l a d b a c h werden jeden Tag noch etwa 15 bis 20 Leichen unter dem Rindmensch getrieben. Die Gesamtzahl der Toten wird insgesammt mindestens 7200 betragen, von welchen 2000 in der Stadt Garenen selbst umtamen. Es kehren allmählich wieder geordnete Verhältnisse in der Stadt ein. Die Schulen sollen gegen Ende des Monats wieder eröffnet werden, soweit man sie in den Zustand her setzen können.

Bereine, Versammlungen, Vergütigen.

Der Kohlenwucher und die Arbeiterklasse, so lautet das Thema, über welches Gen. Polakow, Zwickau, in einer gut besuchten Versammlung am Mittwochabend im Louisenpark referierte. Die Kohlenfrage, so führte der Redner aus, sei zu einer Lebensfrage für den Arbeiter geworden. Bei diesen Arbeiterfamilien — besonders der großen Städte — wird im kommenden Winter der Hunger seinen Einzug halten, oder er wird irren müssen. Schon seit dem vorigen Jahre schrien die Grubenbesitzer und ihre Presse von Misere und Katastrophen für die kommende Zeit, wodurch die Industriellen sich zu den ärgsten Angstbesessenen hinstellen ließen. Die Folgen blieben natürlich nicht aus. Die Kohlenwelt ist durch die Grubenbesitzer und ihre Vereinigungen künstlich vorbereitet worden. Man arbeitet mit beschränkter Förderung; wußte man doch, daß jede Mehrförderung einen Druck auf die Kohlenpreise ausübt. Mehr Nachfrage und Unterangebot auf dem Kohlenmarkt ist das Ideal der in Syndikaten und Verkaufsbereinen zusammenstehenden Grubenbesitzer. Diese haben die gesteigerten Löhne der Bergarbeiter als Ursache der hohen Kohlenpreise darzustellen versucht, verschwiegen aber, daß bei dem großen Bergarbeiterstreik in Oesterreich die deutschen Grubenbarone eine ungeheure Menge Kohlen der deutschen Industrie entzogen und nach Oesterreich verführt haben, lediglich zu dem Zweck, die dortigen, im Streik befindlichen Bergarbeiter in ihren Kämpfen zu hindern. Das große reichthümlich-wirtschaftliche Wohlstand hat einen geradezu unheimlichen Einfluß auf die Kohlenpreise ausgeübt. Das Syndikat ist zu gleicher Zeit Einkaufs- und Verkaufsberein. Von 38 Millionen Tonnen Kohle, die im Jahre 1895 im Ruhrgebiet gefördert wurden, hat das Syndikat allein 33 Millionen Tonnen an sich gezipft und dieselben zu den von ihm diktierten Preisen auf den Markt geworfen. Dabei hat das Syndikat bestanden, die in großer Zahl einkaufenden Aufträge während des industriellen Aufschwunges teilweise unerledigt zu lassen, wodurch hauptsächlich die heutige Kohlennot verursacht worden ist. Die Unternehmer posieren in die Welt hinein, die Löhne der Bergarbeiter seien geringen, und die Produktion hätte sich vermindert; aus diesem Grunde hätte eine Erhöhung der Kohlenpreise stattfinden müssen. Das ist eine Unwahrscheinlichkeit. Die Löhne sind nicht geringen, wohl aber haben sich die Rentabilitätsziffern der Gruben von Jahr zu Jahr gebessert. Redner beweist dieses durch Berechnung der Betriebsergebnisse einer Anzahl Gruben, die bis zu 70 Prozent Dividenden verteilten. Was man den Arbeitern theilweise gegeben hat, hat man ihnen theilweise durch Kohlenwucher, Mißwucher und Grundstückswucher wieder genommen. Wenn heute die Zwischenhändler den Wucherzug mitmachen, so haben sie sich als Vorbild die Grubenbesitzer genommen. Es sei kein Wunder, wenn die Arbeiter zu der Ueberzeugung gekommen seien, die Gruben zu verstaatlichen. Dieselben Leute, die dem Volke das Brot und Fleisch verteuern, können den Grubenbesitzern den Profit nicht. In letzter Zeit hat das Syndikat den Vorschlag gemacht, daß sich sämtliche Grubenbesitzer zusammenschließen möchten, um die Löhne der Grubenarbeiter „einhellig“ zu regeln. Dieses alles ist nur Meuterei und Geseß ins Gesetz schlagende Vorgehen, werden die Arbeiter hoffentlich zu Schanden machen. Bei einem Zweckmittelsverdienst der Bergarbeiter von ca. 900 Mark hätten die Grubenbesitzer wahrhaftig keine Ursache, Wucherer zu sein. Während die Produktion sich um 21 Prozent vermehrt hat, die Profite ins Ungemeine gestiegen sind, fielen die Löhne um 1 Prozent. Referent beleuchtet dann das überaus traurige Thema der Grubenkatastrophen und die Gefahrdrohungen von Menschen, die der Profitgier der Unternehmer alljährlich zum Opfer fallen. In dem Zeitraum von 11 Jahren seien nicht weniger als 13 000 Unfälle mit tödtlichem Ausgange zu verzeichnen. Dem Schluß erwacht der Redner noch die Aufgabe, daß im vorigen Jahre in Deutschland 1 Million Tonnen Kohlen mehr verbraucht, als gefördert worden sind. Hierin liegt zum größten Theil das Geheimnis der hohen Kohlenpreise. Redner kommt zum Schluß: Wenn die allgemeine Konjunktur der Industrie anhielte, sei auch weiterhin mit einer Kohlennot zu rechnen. Mit einer grundsätzlichen Verstaatlichung des ganzen kapitalistischen Systems und dem Hinweis, daß die Verstaatlichung der Gesellschaft nur das Werk der Arbeiterklasse sein kann, schloß der Referent seinen mit demselben ausgearbeiteten Vortrag. Nachdem vom Vorsitzenden noch zum Beschuß der am Montag im Reichsausschuß stattfindenden außerordentlichen Versammlung des sozialdemokratischen Vereins aufgefordert worden war, wurde die Versammlung geschlossen.

Marktberichte.

Magdeburg. Erbsen (gelbe zum Kochen) 16,00—22,00; Speisebohnen (weiße) 17,00—36,00. Linsen 18,00—44,00. Einfarfische 4,50—5,00. Nudelfroh 4,50—5,00. Krummstroh 2,50 bis 3,50. Heu 6,00—7,00. Thymianum ——. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 0,90—1,04, von der Kente 1,10—1,50. Bauschlach 1,20—1,30. Schweinefleisch 1,20—1,40. Kalbfleisch 1,20—1,40. Hammelfleisch 1,20—1,40. Speck (geräucher) 1,60. Schmalz 2,20—2,60. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 3,60—4,20.

Wasserstände.

Table with columns for location, date, and water level changes. Includes sub-sections for 'Rhein und Saale', 'Eber, Eger, Matbau', 'Milde', 'Eibe', and 'Savel'.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Magdeburg.

Sonnabend, den 20. Oktober, abends 8 Uhr

General-Versammlung

im Bürgerhaus, Stephansbrücke 38.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 3. Quartal und Geschäftsbericht.
2. Erhöhung des Lokalbeitrags.
3. Verschiedenes.

Sonntag, den 21. Oktober, vormittags 11 Uhr

Werkstatt-Delegierten-Sitzung

im Bürgerhaus, Stephansbrücke 38.

Tages-Ordnung:

1. Die jetzigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse.
 2. Verschiedenes.
- Werte Kollegen! Wir bitten, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Die Verwaltung.

Versammlung

sämtlicher bei

Tischlerinnungsmeistern beschäft. Personen

am Montag, den 22. Oktober, abends 8 Uhr

im Bürgerhaus, Stephansbr. 38.

2846

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Gesellenausschusses über seine Tätigkeit.
2. Wahl der Beisitzer zum Zünfts-Schiedsgericht.

Mitglieder-Versammlung

des Verbandes der

Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands

Zahlstelle Magdeburg

Sonnabend, den 20. Oktober, abends 8 Uhr

bei Schall, Fabrikstraße 5/6.

Referent und Tagesordnung werden in der Versammlung bekannt gegeben.

2848

Die Verwaltung.

Roeder & Drabandt

Leder-Handlung

103

Magdeburg, Himmelreichstraße 6/8 und Jakobstraße 25

erbitten bei Bedarf Ihren werten Besuch.

Burg. Burg.

Bestellungen auf die Volksstimme

sowie alle Parteischriften

Moderezeitungen, Klassiker-Ausgaben, Meyers Volksbücher, Leseerwerke usw. usw.

nimmt stets gern entgegen und besorgt in kürzester Zeit

Hermann Pohlmann, Burg
6 Kleiner Hof 6.

Arbeitsnachweis der Gewerkschaften

Unentgeltliches Anknüpfungsbüreau

Öffnet: Vormittags 9-1 Uhr, nachmittags 3 1/2-7 1/2 Uhr.

Neue Klosterstraße 15, portiere. Eingang durch den Saal rechts.

Feinstreich-Anschluss, 1409.

Kostenlose Arbeitsvermittlung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber beiderlei Geschlechts sowie kostenlose Auskunft in Sachen der Unfall-, Invaliditäts- und Krankenversicherung, Privatfachen, Armenrecht, Mietverhältnisse, Dienstboten-, Lehrlings- und Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Vom 1. Oktober ab bleibt der Arbeitsnachweis und das Anknüpfungsbüreau der Gewerkschaften Magdeburgs Sonntags geschlossen.

Städt. Arbeitsnachweisstelle

Magdeburg. Vermittlung auch nach außerhalb.

Unentgeltlich. Bei der Hauptwache Nr. 5.

Feinstreich-Anschluss: Rathaus Nr. 2150-2155.

Männliche Abteilung: 8-12 Uhr vorm. und 3-6 Uhr nachm.

Weibliche 10-1 4-7

Gebührenfreie Vermittlung von männlichem und weiblichem Personal aller Art, wie Arbeiter, Hausdienern und Burschen, Handwerker, Dienstboten, Aufwartungen und Arbeiterinnen.

Nur solche schriftlichen Aufträge von Arbeitgebern, welche genaue Angaben über Lohn, verlangte Leistungen und sonstige Bedingungen enthalten, können berücksichtigt werden.

Tüchtige Anspüher 1056

sucht A. Rosenburg, Unterstraße 1.

Böhmische Bettfedern

und Daunen

unter Garantie stets frischer, sauberster Ware em steht sehr billig und gut

Carl Gottschalk

2433 Magdeburg-Neustadt.

Ein gutes Bett für 26 Mark und eine vollere Bettstelle mit Matratze für 24 Mark zu verkaufen

Steinstr. 9/10, vorn 1 Tr.

Hermann Bruns

Buckau, Schönebeckerstr. 114

Billigste Bezugsquelle für 2764

Ofenröhren, Kasten
Kanonenöfen
Kohlenkästen usw.

Achtung! Achtung!
Buckau.

Dem geehrten Publikum teile ich hierdurch mit, daß ich die

Blumen-Handlung

von Bertram, Thiemstraße 9, übernommen habe. Um günstigen Zuspruch bitte

R. Mangelsdorf.

Verlangen Sie Fleisch-Offerte!!

überall nur den allein echten

Globus-Putz-Extract

wie diese Abbildung



da viele wertlose Nachahmungen angeboten worden.

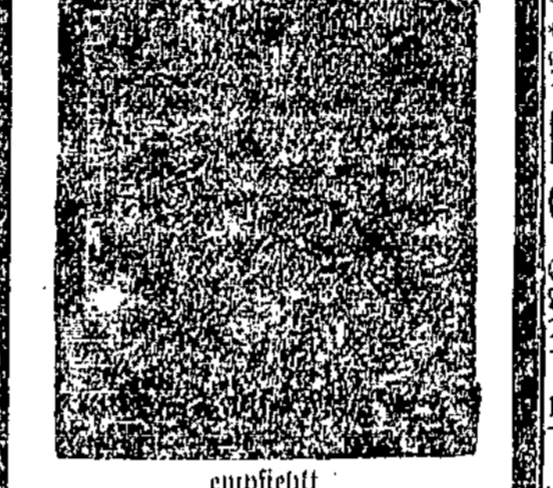
Fritz Schulz jun.

Aktiengesellschaft, Leipzig.

Wiener Dampfbackerei und Konditorei von

Eduard Lübber

Buckau, Gärtnerstraße Nr. 1a.



empfehlen

täglich reichhaltige Auswahl in ff. Thee- und Kaffeegebäck

sowie sämtlichen Konditorwaren.

Bei vorzunehmenden Festlichkeiten nehme Bestellungen auf Torten, bunte Schiffschiff, Altdeutsche und Königsstücken usw. jederzeit an.

2845

Alles wird aufs sauberste ausgeführt.

Täglich zweimal frische Ware.

Mache noch darauf aufmerksam, daß sämtliche Waren nur von den besten Materialien zubereitet werden.

Bezugnehmend auf vorstehendes teile noch mit: Da sich mein Kundenkreis stets erweiterte, sah ich mich genötigt meine Bäckerei und Konditorei zu vergrößern und habe der Neuzeit entsprechend einen Unterzug-Dampf-Doppelofen nach Wiener Art und neuester Konstruktion bauen lassen.

Meine Backräume sind aufs sauberste eingerichtet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Verlangen Sie Fleisch-Offerte!!

überall nur den allein echten

Globus-Putz-Extract

wie diese Abbildung



da viele wertlose Nachahmungen angeboten worden.

Fritz Schulz jun.

Aktiengesellschaft, Leipzig.

Wiener Dampfbackerei und Konditorei von

Eduard Lübber

Buckau, Gärtnerstraße Nr. 1a.



empfehlen

täglich reichhaltige Auswahl in ff. Thee- und Kaffeegebäck

sowie sämtlichen Konditorwaren.

Bei vorzunehmenden Festlichkeiten nehme Bestellungen auf Torten, bunte Schiffschiff, Altdeutsche und Königsstücken usw. jederzeit an.

2845

Alles wird aufs sauberste ausgeführt.

Täglich zweimal frische Ware.

Mache noch darauf aufmerksam, daß sämtliche Waren nur von den besten Materialien zubereitet werden.

Bezugnehmend auf vorstehendes teile noch mit: Da sich mein Kundenkreis stets erweiterte, sah ich mich genötigt meine Bäckerei und Konditorei zu vergrößern und habe der Neuzeit entsprechend einen Unterzug-Dampf-Doppelofen nach Wiener Art und neuester Konstruktion bauen lassen.

Meine Backräume sind aufs sauberste eingerichtet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Besichtigung ist jedermann gern gestattet.

Stadt-Theater.

Freitag, den 19. Oktober 1900.

Don Juan.

Große Oper in 3 Akten von W. A. Mozart

Sonnabend, den 20. Oktober 1900.

Erste vollständige Klassiker-Vorstellung

ermäßigten Preisen (Parquet 2.00 Mk.).

Maria Stuart.

Neu inszeniert nach der Weinger Ein-

richtung.

* Frau Hedwig ein domierendes Liebespaar zum 39. Wiegenfest. A. F. N.

* Karl Hempel soll leben, und seine Frau daneben. Bival hoch! P. S.

* Uns. lieben Vater G. Adenroth zum Geburtstag. herzl. Glückwunsch. Frau u. Kind

Standesamt.

Magdeburg, den 17. Oktober.

Aufgebote: Arb. Joh. Blachsch in

Saltze mit Katharina Schmiedl in

Weserhüfen. Rudolf, Franz Gust. Reichard

mit Ww. Helene Christine Bernine Spitten-

rot, geb. Förng, in Egelu. Erzeugt den

Halbbrüder-Ad. J. A. E. Friedr. Mar-

Schlennermeier hier mit Frieda Josef

Anna Labert in Bernburg. Rangierbr.

Franz Gustav Otto Berner mit Ww.

Anna Emilie Hausmann, geb. Täger in

Diesdorf. Altmeyer Karl Lohmann mit

Anna Köhler in Dörsdorf. Sattler und

Lopezier Karl Jr. Wagner mit Hedwig

Helene Strecker in Gutsleben. Schöff. Gust

Willy Friedr. Köster hier mit Friederike

Anna Emma Brühning in Alen. Wäcker

Wolff Ewald Meyer mit Anna Agnes

Antonie Voigt in Althausleben. Arb.

Karl Serwinich mit Maria Dobrunz in

Fernersleben. Eisenbrecher Heinrich Paulus

mit Marianne Vogel hier. Arb. August

Gebling mit Doroth. Martha Luise Hühne

in Weipflau. Steinhauser Aug. Brandt mit

Emma Sämlich in Gommern.

Gesch. Liehungen: Arbeiter David

Abding in Holtleben mit Luise Weber hier.

Komptoirist Max Hirsch mit Elisabeth

Waldow hier. Schurdt Alb. Weidland

in Buckau mit Agnes Dornitz hier. Arb.

Albert Kömer hier mit Marie Schütze in

Gottesgnaden. Schlosser Walter Jordan

mit Lisa Liebing hier.

Geburten: Ernst, S. des Schneide-

meisters Aug. Köster. Fritz, S. des Ne-

staurat. Friedr. Ebert. Alex, S. des Tape-

zierers und Doktorators Aug. Lehmann.

Elly, T. d. Hilfsbreiters Julius Horn.

Todesfälle: Hedwig, geb. Gröblich,

Wwe. d. Arb. Gottl. Müller, 67 J. 11 M.

12 J. Franz, S. d. Schloss. Fr. Tramm,

4 J. 7 M. 6 T. Jakob Gonschior, Aus-

zügler, 76 J. 3 M. 11 T. Ferdinand

Heuer, Arb. 44 J. 9 M. 23 T. Frieda,

T. des Fuhrm. Wilh. Stein, 11 M. 9 T.

Sophie, geb. Schaller, Ehefr. des Dienstm.

Wilh. Ulrich, 50 J. 11 M. 21 T. Martha,

T. des Schiffschiffsbesitzeren Moritz Hebe-

recht, 1 M. 13 T. Luise, geb. Donath,

Ehefr. des Architekten und Maurermeisters

Ernst Koppin, 34 J. 3 M. 25 T. Johanna-

nette, geb. Samisch, Ehefr. des Privat-

sekretärs Alb. Meiß, 73 J. 27 T. Margare-

rete, T. des Kaufm. Wilh. Schneider, 4 J.